



**BMF**

**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN**

# Langfristige Budgetprognose Bericht gem. § 15 (2) BHG 2013

April 2016

# **Langfristige Budgetprognose**

Bericht der Bundesregierung gemäß § 15 (2) BHG 2013



# Inhalt

<b>Abkürzungen</b>	<b>4</b>
<b>Tabellen und Diagramme</b>	<b>5</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>6</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>10</b>
<b>2. Methodische Bemerkungen</b>	<b>12</b>
<b>3. Langfristige Trends</b>	<b>14</b>
3.1 Demografie	14
3.2. Wirtschaftsentwicklung	15
<b>4. Ergebnisse der Hauptvarianten</b>	<b>18</b>
4.1. Demografieabhängige Ausgaben	18
4.2. Nicht-demografieabhängige Ausgaben	23
4.3. Einnahmen	24
<b>5. Risikoszenarien</b>	<b>26</b>
5.1. Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität	29
5.2. Geringere Migration nach Österreich	30
5.3. Höhere Lebenserwartung	31
5.4. Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität	32
5.5. Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum	33
<b>6. Vergleich mit den Projektionen der Europäischen Kommission</b>	<b>34</b>
<b>7. Vergleich mit der langfristigen Budgetprognose 2013</b>	<b>36</b>
<b>8. Klimawandel und Kosten für die öffentlichen Haushalte</b>	<b>38</b>
<b>Literatur</b>	<b>40</b>

# Abkürzungen

BHG 2013	Bundeshaushaltsgesetz 2013
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
CO <sub>2</sub>	Kohlenstoffdioxid
COFOG	Classifications of the Functions of Government = Klassifikation der Aufgaben des Staates
EK	Europäische Kommission
ESVG	Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
EU-ETS	EU Emissions Trading Scheme
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
IHS	Institut für Höhere Studien
MFP	Multifaktorproduktivität
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
RS	Risikoszenario
THG	Treibhausgase
V1	Variante 1
V2	Variante 2
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

# Tabellen und Diagramme

Tabelle 1a:	Hauptergebnisse Variante 1	8
Tabelle 1b:	Hauptergebnisse Variante 2	9
Tabelle 2:	Erwartete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2015-2060	15
Tabelle 3:	Makroökonomische Annahmen	17
Tabelle 4:	Öffentliche Pensionsausgaben	18
Tabelle 5:	Gesundheitsausgaben	20
Tabelle 6:	Öffentliche Pflegeausgaben	21
Tabelle 7:	Entwicklung des Familienlastenausgleichsfonds	22
Tabelle 8:	Öffentliche Bildungsausgaben	23
Tabelle 9:	Öffentliche Ausgaben - Arbeitslosigkeit	23
Tabelle 10:	Nicht-demografieabhängige öffentliche Ausgaben	24
Tabelle 11:	Öffentliche Einnahmen	25
Tabelle 12:	Auswirkungen des Risikoszenarios „Geringeres MFP-Wachstum“ auf...	29
Tabelle 13:	Auswirkungen des Risikoszenarios „Geringere Migration“ auf...	30
Tabelle 14:	Auswirkungen des Risikoszenarios „Höhere Lebenserwartung“ auf...	31
Tabelle 15:	Auswirkungen des Risikoszenarios „Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen“ auf...	32
Tabelle 16:	Auswirkungen des Risikoszenarios „BIP-Indexierung der monetären Sozialleistungen“ auf...	33
Tabelle 17:	Vergleich mit dem Ageing Report 2015 der EK	35
Tabelle 18:	Vergleich der 2 Hauptvarianten 2016 mit dem Basisszenario 2013	37
Diagramm 1a:	Hauptergebnisse für Variante 1 - demografieabhängige Ausgaben	8
Diagramm 1b:	Hauptergebnisse für Variante 2 - demografieabhängige Ausgaben	9
Diagramm 2a:	Hauptergebnisse für Variante 1 - Einnahmen, Ausgaben und Schuldenquote vom Sektor Staat	8
Diagramm 2b:	Hauptergebnisse für Variante 2 - Einnahmen, Ausgaben und Schuldenquote vom Sektor Staat	9
Diagramm 3:	Erwartete Bevölkerungsstruktur für Österreich	14
Diagramm 4:	Wirtschaftsentwicklung für beide Varianten	16
Diagramm 5a:	Öffentliche Pensionsausgaben für Variante 1	19
Diagramm 5b:	Öffentliche Pensionsausgaben für Variante 2	19
Diagramm 6:	Öffentliche Gesundheitsausgaben	20
Diagramm 7:	Öffentliche Pflegeausgaben	21
Diagramm 8a:	Auswirkungen der Risikoszenarien auf die öffentliche Verschuldung für Variante 1	26
Diagramm 8b:	Auswirkungen der Risikoszenarien auf die öffentliche Verschuldung für Variante 2	27
Diagramm 9a:	Auswirkungen der Risikoszenarien auf den Maastricht-Saldo für Variante 1	26
Diagramm 9b:	Auswirkungen der Risikoszenarien auf den Maastricht-Saldo für Variante 2	27
Diagramm 10a:	Auswirkungen der Risikoszenarien auf die Pensionsausgaben für Variante 1	28
Diagramm 10b:	Auswirkungen der Risikoszenarien auf die Pensionsausgaben für Variante 2	28
Diagramm 11a:	Auswirkungen der Risikoszenarien auf das BIP-Wachstum für Variante 1	28
Diagramm 11b:	Auswirkungen der Risikoszenarien auf das BIP-Wachstum für Variante 2	28
Diagramm 12:	Vergleich der Varianten mit dem Ageing Report 2015 der EK	34
Diagramm 13:	Vergleich der Varianten mit dem Ageing Report 2015 der EK	34

# Zusammenfassung

Gemäß § 15 Abs. 2 BHG 2013 hat der Bundesminister für Finanzen alle drei Jahre eine hinreichend begründete, nachvollziehbare, langfristige Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Finanzjahren zu erstellen.

Der vorliegende Bericht ist der zweite dieser Art und basiert auf einer Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO), welche vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) in Auftrag gegeben wurde. Er legt dar, wie sich die heute absehbaren demografischen Trends bis 2060 auf die öffentlichen Haushalte in Österreich auswirken und welche Maßnahmen notwendig wären, um den Konsolidierungspfad einzuhalten. Die Modellrechnungen stehen dabei unter der Annahme, dass die gegenwärtige Politik unverändert fortgeführt wird. Sie liefern somit eine Projektion des Status quo und dienen als Frühwarnsystem.

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass eine zentrale budgetpolitische Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte der demografische Wandel ist.

Gemäß der WIFO-Studie, die diesmal zwei Hauptvarianten darstellt<sup>1</sup>, steigen die demografieabhängigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte – ausgedrückt in Relation zum BIP – von 31,8% im Jahr 2015 auf 34,7% (Variante 1) bzw. 35,2% (Variante 2) im Jahr 2060 an. Die öffentlichen Ausgaben für Pensionen (inkl. Pensionen für Beamtinnen und Beamte und Ausgleichszulagen) legen dabei von gegenwärtig 14,1% des BIP bis 2035 auf 14,6 bzw. 15,1% des BIP zu; danach wird ein leichter Rückgang auf 14,5 bzw. 14,8% des BIP erwartet. Auch die Gesundheitsausgaben und die Ausgaben für Langzeitpflege steigen deutlich. Im Gesundheitsbereich wird ein kontinuierlicher Anstieg der Ausgabenquote von gegenwärtig 7,3% des BIP auf 9,3% bzw. 9,6% des BIP (2060) erwartet; im Pflegebereich von gegenwärtig 1,8 auf 3,4 bzw. 3,1% des BIP bis zum Jahr 2060.

Variante 1 beruht auf einer WIFO/IHS-Erwerbsprognose, die einen positiven Zusammenhang zwischen Bildungsteilnahme und Erwerbstätigkeit sieht. Dort verbleibt das Maastricht-Defizit auf niedrigem Niveau um 1% vom BIP und steigt erst ab 2050 bis 2060 auf 1,9% an. Die Schuldenquote geht ab 2050 auf unter 50% des BIP zurück.

In Variante 2, die auf der Erwerbsprognose der Europäischen Kommission beruht, steigt das Maastricht-Defizit kontinuierlich an und erreicht 2060 einen Wert von 3,4% vom BIP. Die Schuldenquote sinkt in dieser Variante noch bis 2035 auf unter 65%, steigt aber gegen Ende der Prognose auf 76,7% vom BIP an. Das vor allem deshalb, weil die niedrigere Erwerbsquote langfristig zu höheren Ausgaben bei Pensionen, im Gesundheitsbereich und durch den zu Beginn langsamer erfolgenden Schuldenabbau, zu höheren Ausgaben für Zinsen führt.

Die vorliegenden Schätzungen über Einnahmen und Ausgaben des Staates für die nächsten 40 Jahre sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Die Ergebnisse der Studie sind daher – mit Augenmerk auf zeitliche Verläufe und längerfristige Entwicklungen – eher vorsichtig zu interpretieren. Das WIFO hat deshalb auch Risikoszenarien prognostiziert, bei denen einzelne Parameter von den als am realistischsten eingeschätzten Prognosevarianten abweichen, was in der Folge zu deutlichen Verschlechterungen bei Defizit und Schuldenstand führt.

Die Berechnungen zeigen, dass die Bundesregierung dem kurz- und mittelfristig bestehenden Handlungsbedarf durch die beschlossenen Reformen der jüngsten Maßnahmenpakete (Loipersdorf 2010, Stabilitäts- und Wachstumspaket vom Frühjahr 2012, Konsolidierungspaket aus 2014 und vor allem durch die gesetzlich verankerte Schuldenbremse sowie die Pensionsreformen der letzten Jahre) bereits Rechnung getragen hat. Seit dem letzten Bericht

<sup>1</sup> Die Varianten beruhen auf jeweils unterschiedlichen Erwerbsprognosen (näheres dazu siehe Kapitel 2 und Abschnitt 3.2).

wurde im Juni 2014 das Verfahren über ein übermäßiges Defizit gegen Österreich von der EU beendet und mit Beginn dieses Jahres ist die größte Steuerreform der 2. Republik in Kraft getreten. Auf europäischer Ebene ist der Fiskalpakt unterzeichnet worden und das Europäische Semester in Kraft getreten, das die EU-weite Koordinierung der Budgetpolitik weiter verbessert hat. Die Ergebnisse für das Jahr 2015 zeigen, dass die österreichische Bundesregierung sich weiterhin ganz klar den europäischen Zielen stabiler öffentlicher Finanzen verpflichtet fühlt und das strukturelle Nulldefizit auch in den nächsten Jahren fortschreiben wird.

Trotz dieser Erfolge besteht weiterer Handlungsbedarf. Unverändert gilt: Nur ein umfassendes budget-, wirtschafts-, bildungs- und sozialpolitisches Reformkonzept kann die richtige Antwort auf die demografischen Herausforderungen der kommenden Jahre sein. Entscheidend ist deshalb auch, dass sich alle Politikbereiche, aber auch Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Gesamtverantwortung bewusst sind. Dabei gilt, dass ein Hinausschieben der strukturellen Reformen weitreichendere Anpassungen in der Zukunft erfordert.

Maßnahmen müssen im Kern auf zwei Ziele hinführen: Dauerhaft höheres Wirtschaftswachstum und langfristig nachhaltige öffentliche Finanzen. Mit einer breit angelegten Strategie, die nach wie vor auf den drei Säulen

- Budgetdisziplin,
- Strukturreformen und
- Offensivmaßnahmen

baut, lässt sich die nachhaltige Sicherung der öffentlichen Finanzen am besten erreichen. Die Fortführung von Strukturreformen und Offensivmaßnahmen zur Entfaltung künftiger Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten und Eindämmung künftiger Kostendynamiken ist dabei ebenso wichtig wie die permanente Einhaltung der Schuldenbremse. Das politische Handeln sollte dabei auf folgenden Parametern basieren: Wachstum fördern, Arbeitsplätze sichern, Investitionen und Kaufkraft stärken und Inflation nicht anheizen.



**Tabelle 1a: Hauptergebnisse Variante 1**  
in % des BIP

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Pensionen	14,1	14,0	14,5	14,6	14,6	14,4	14,3	14,4	14,5	14,5
Gesundheit	7,3	7,4	7,7	7,9	8,1	8,4	8,7	9,0	9,2	9,3
Pflege	1,8	1,8	1,9	2,2	2,5	2,7	2,9	3,1	3,3	3,4
Bildung	5,0	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,9	4,9
Arbeitslosigkeit	1,6	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Familienleistungen (FLAF)	2,0	1,8	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2
<b>Demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>31,8</b>	<b>31,6</b>	<b>32,3</b>	<b>32,7</b>	<b>32,9</b>	<b>33,2</b>	<b>33,5</b>	<b>34,0</b>	<b>34,4</b>	<b>34,7</b>
<b>Nicht-demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>19,9</b>	<b>18,0**</b>	<b>18,2</b>	<b>18,0</b>	<b>17,6</b>	<b>17,3</b>	<b>17,0</b>	<b>16,8</b>	<b>16,7</b>	<b>16,6</b>
davon Zinsen	2,4	1,7**	2,2	2,2	2,1	1,9	1,7	1,6	1,5	1,6
Gesamtausgaben Sektor Staat	51,7*	49,6**	50,5	50,7	50,5	50,4	50,5	50,8	51,1	51,3
Gesamteinnahmen Sektor Staat	50,6*	49,2**	49,5	49,5	49,5	49,5	49,4	49,5	49,5	49,4
Maastricht-Saldo	-1,2*	-0,4**	-1,0	-1,2	-1,0	-1,0	-1,0	-1,4	-1,7	-1,9
Schuldenquote	86,2*	76,6**	70,2	64,0	58,4	53,7	50,1	48,4	48,5	49,5

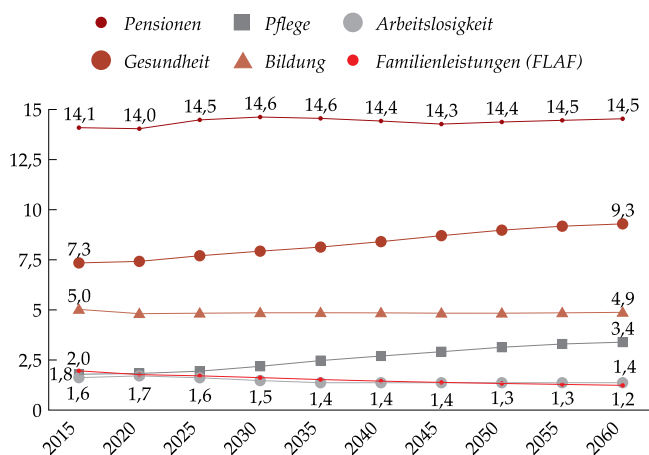
Quelle: WIFO

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

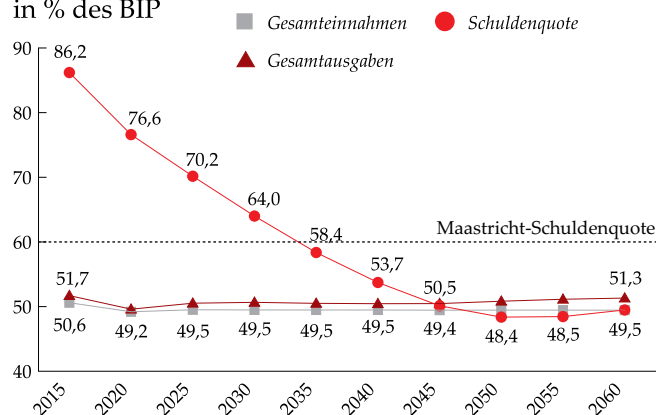
Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

**Diagramm 1a: Hauptergebnisse für Variante 1 - demografieabhängige Ausgaben**  
in % des BIP



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Diagramm 2a: Hauptergebnisse für Variante 1 - Einnahmen, Ausgaben und Schuldenquote vom Sektor Staat**  
in % des BIP



Für 2020 wurden die Zahlen des BFRG 2017-2020 nachträglich ergänzt.

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Tabelle 1b: Hauptergebnisse Variante 2**  
in % des BIP

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Pensionen	14,1	14,1	14,6	14,9	15,1	15,0	14,9	14,9	14,8	14,8
Gesundheit	7,3	7,4	7,7	8,0	8,4	8,7	9,0	9,3	9,5	9,6
Pflege	1,8	1,8	1,9	2,1	2,3	2,5	2,7	2,9	3,1	3,1
Bildung	5,0	4,8	4,8	4,9	5,0	5,0	5,0	4,9	5,0	5,0
Arbeitslosigkeit	1,6	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Familienleistungen (FLAF)	2,0	1,8	1,7	1,6	1,6	1,5	1,4	1,4	1,3	1,3
<b>Demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>31,8</b>	<b>31,6</b>	<b>32,4</b>	<b>33,0</b>	<b>33,6</b>	<b>34,1</b>	<b>34,4</b>	<b>34,7</b>	<b>35,0</b>	<b>35,2</b>
<b>Nicht-demografieabhängige Ausgaben</b>	<b>19,9</b>	<b>18,0**</b>	<b>18,3</b>	<b>18,1</b>	<b>17,9</b>	<b>17,7</b>	<b>17,6</b>	<b>17,6</b>	<b>17,6</b>	<b>17,7</b>
davon Zinsen	2,4	1,7**	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,4
Gesamtausgaben Sektor Staat	51,7*	49,6**	50,7	51,2	51,5	51,8	52,0	52,3	52,6	52,9
Gesamteinnahmen Sektor Staat	50,6*	49,2**	49,5	49,5	49,6	49,6	49,5	49,5	49,5	49,5
Maastricht-Saldo	-1,2*	-0,4**	-1,1	-1,6	-2,0	-2,3	-2,5	-2,8	-3,1	-3,4
Schuldenquote	86,2*	76,6**	70,6	66,7	64,8	65,1	66,4	68,9	72,5	76,7

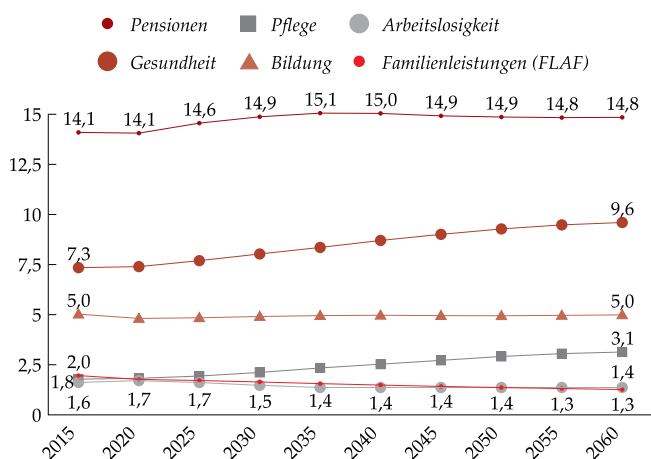
Quelle: WIFO

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

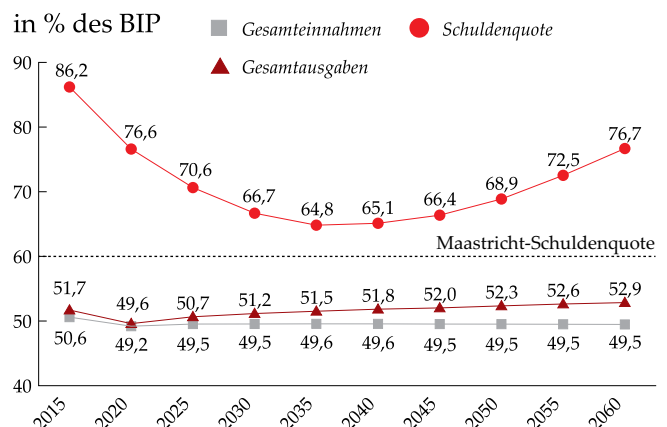
Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

**Diagramm 1b: Hauptergebnisse für Variante 2 - demografieabhängige Ausgaben**  
in % des BIP



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Diagramm 2b: Hauptergebnisse für Variante 2 - Einnahmen, Ausgaben und Schuldenquote vom Sektor Staat**  
in % des BIP



Für 2020 wurden die Zahlen des BFRG 2017-2020 nachträglich ergänzt.

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

# 1. Einleitung

Bis 2040 wird sich die Struktur der österreichischen Bevölkerung stark verändern. Die zwischen 1946 und 1964 Geborenen, die sogenannten Babyboomer, werden in Pension gehen bzw. sind es bereits. Gleichzeitig gehen die aktuellen langfristigen Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria davon aus, dass die Fertilität niedrig bleiben, die Lebenserwartung weiter ansteigen und die Bevölkerung durch Zuwanderung weiter anwachsen wird. Die Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung wird sich dadurch stark ändern. So wird sich die Anzahl der Über-65-Jährigen gegenüber 2015 bis 2060 von 1,6 Mio. auf 2,8 Mio. Personen vergrößern. Demgegenüber wird die Zahl der potenziell Erwerbstätigen nach 2025 allmählich abnehmen, sodass 2060 ca. 1,8 Personen im erwerbsfähigen Alter auf einen Über-65-Jährigen kommen werden. Gegenwärtig beträgt das Verhältnis der potenziell Erwerbstätigen je Über-65-Jährigem rund 3,3. Die Zahl der unter 20-Jährigen bleibt in den nächsten Jahren relativ konstant bei 1,8 Mio.

Der allmähliche Rückgang der Erwerbstätigen ab den 2020er-Jahren und die gleichzeitige Zunahme der Pensionistinnen und Pensionisten werden sich dämpfend auf das Wirtschaftswachstum auswirken und auch die öffentliche Einnahmen- und Ausgabenstruktur verändern. Besonders deutlich gilt dies für die sozialen Sicherungssysteme, die für die Bewältigung altersabhängiger Risiken geschaffen wurden. Diese funktionieren als Umlagesysteme, indem der erwerbstätige Bevölkerungsteil bestimmte öffentliche Leistungen für die gesamte Bevölkerung finanziert. Insbesondere die zusammengerechneten Ausgaben für Pensionen, Pflege und Gesundheit – die sogenannten demografieabhängigen Ausgaben – werden im Verhältnis zum BIP kontinuierlich ansteigen und einen deutlich höheren Anteil der staatlichen Einnahmen verbrauchen als gegenwärtig.

Um die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Einhaltung der langfristigen Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum zu sichern, schreibt § 15 Abs. 2 BHG 2013 vor, dass „[d]ie Bundesministerin für Finanzen oder der Bundesminister für Finanzen [...] eine hinreichend begründete, nachvollziehbare langfristige Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Finanzjahren in jedem dritten Finanzjahr zu erstellen“ hat. Die langfristige Budgetprognose ist von der Bundesregierung dem Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesfinanzrahmengesetz und dem Strategiebericht bis spätestens Ende April vorzulegen.

2013 wurde die erste veröffentlicht, 2016 folgt nun die zweite langfristige Budgetprognose. Das BMF hat wieder das WIFO mit der Erstellung der Projektionen bis 2060 beauftragt<sup>2</sup>. Dabei werden die Ausgaben und Einnahmen des Staates (Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen und sonstige Einheiten, die zum Sektor Staat gehören) insgesamt und aufgeschlüsselt betrachtet<sup>3</sup>. Eine Differenzierung nach einzelnen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) gibt es nicht<sup>4</sup>. Die Ergebnisse der WIFO-Studie bilden die Grundlage für den vorliegenden BMF-Bericht.

Der BMF-Bericht zeigt, welche Mehrbelastungen die öffentlichen Haushalte Österreichs insbesondere in Folge der absehbaren Alterung der Gesellschaft bis zum Jahr 2060 zu bewältigen haben, falls die heutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen unverändert gelten würden (sog. „No Policy Change“-Annahme). Der BMF-Bericht quantifiziert die zu erwartende Entwicklung der Staatsausgaben, der Staatseinnahmen, des Maastricht-Saldos und der

<sup>2</sup> Download unter <https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/bundesfinanzrahmen-und-strategiebericht.html>

<sup>3</sup> Die Darstellung und Abgrenzung des Staates, der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen sowie sonstiger Indikatoren wie Maastricht-Defizit, Staatsschulden, BIP etc. erfolgt im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Der letzte Bericht wurde noch mit Daten auf Basis des ESVG 95 erstellt.

<sup>4</sup> Vgl. Schiman/Orischnig (2012): „Coping with Potential Impacts of Ageing on Public Finances in Austria – The Demography-based Economic Long-Term Model for Austria’s Public Finances (DELTA-BUDGET) – Assumption Report“, Working Paper 1/2012, Bundesministerium für Finanzen.

Schuldenstände bis zum Jahr 2060 und weist auf den notwendigen Handlungsbedarf hin, damit nötige Reformmaßnahmen vorausschauend diskutiert und eingeleitet werden, um bestehende EU-Vorgaben (ua. strukturelles Defizit, Maastricht-Saldo, Schuldenstand) und innerösterreichische Abmachungen (Stabilitätspakt, Schuldenbremse) zu erfüllen.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich vorwiegend auf den demografischen Wandel als größten Risikofaktor für die öffentlichen Finanzen in Österreich. Es gibt auch andere Risikofaktoren mit langfristigen Wirkungen auf die öffentlichen Haushalte – bspw. die Verknappung der Ressourcen – die jedoch heute noch nicht ausreichend quantifizierbar sind und daher in diesem Bericht nicht berücksichtigt werden. Erstmals in diesem Bericht befindet sich ein Kapitel über die Auswirkungen des Klimawandels auf die öffentlichen Finanzen, dessen Grundlage eine Studie des Umweltbundesamts im Auftrag des BMF aus dem Vorjahr ist.

Um den Anstieg der Ausgaben des Gesamtstaates abzuschätzen, werden speziell diejenigen Ausgaben modelliert, die auf Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung besonders stark reagieren. Die anderen, nicht-demografiebedingten Ausgabenkategorien und die Einnahmenseite werden im selben makroökonomischen Modell abgeschätzt. Mit Hilfe des Modells werden die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Einnahmen- und Ausgabenquote, des Maastricht-Defizits sowie des Schuldenstandes berechnet.

Zu beachten ist, dass die Projektionen von der „No Policy Change“-Annahme ausgehen<sup>5</sup>. Diverse politische Maßnahmen, wie zB. die Steuerreform 2016, die von der Bundesregierung bis Ende 2015 beschlossen wurden, sind in den Projektionen berücksichtigt. Es handelt sich also um eine technische Fortschreibung des Status quo und um keine Präjudizierung zukünftiger politischer Entscheidungen. Damit wird deutlich, dass die WIFO-Studie nicht aufzeigt, wie die Zukunft sein wird, sondern wie sich die aktuellen Rahmenbedingungen und Tendenzen in der Zukunft auswirken würden.

Zentralen Einfluss auf die Ergebnisse langfristiger Projektionen haben die Datengrundlagen, die getroffenen Annahmen und die verwendeten Modellrechnungen. Ganz wesentlich sind die Schätzungen über die voraussichtliche Größe und die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in der Zukunft. Die in diesem Bericht verwendeten demografischen Daten beruhen auf der im November 2015 aktualisierten Bevölkerungsprognose der Statistik Austria<sup>6</sup>.

Langfristige Projektionen über mehrere Jahrzehnte sind mit großen Unsicherheiten behaftet, daher bedarf der Umgang mit den Ergebnissen einer gewissen Vorsicht. Das Augenmerk sollte auf zeitlichen Verläufen und längerfristigen Entwicklungen liegen, nicht auf der Betrachtung einzelner weit in der Zukunft liegender Zahlen. Der Bericht stellt diesmal anstatt eines mittleren Basisszenarios zwei plausible Hauptvarianten dar, um die Sensitivität der Ergebnisse auf unterschiedliche Schätzungen der langfristigen Erwerbsentwicklung zu dokumentieren und die Bandbreite möglicher Ergebnisse besser zu erfassen. Ergänzend werden auch die teils beträchtlichen Auswirkungen von fünf Risikoszenarien auf Schuldenstand, Maastricht-Saldo, Pensionsausgaben und BIP-Wachstum vorgestellt.

<sup>5</sup> Technisch werden die gesetzlichen Regelungen fortgeschrieben. Nur in manchen Bereichen wie Pflegegeld oder FLAF werden Plausibilitätsannahmen getroffen, wenn es zu Indexierungen keine gesetzlichen Grundlagen gibt, regelmäßige Anpassungen aber der tatsächlichen Politik entsprechen.

<sup>6</sup> Vgl. Statistik Austria (2015): „Bevölkerungsprognose 2015“, Statistik Austria, November 2015, Wien.

## 2. Methodische Bemerkungen

Das WIFO-Modell integriert die aktuelle Bevölkerungsprognose der Statistik Austria vom November 2015 mit wichtigen makroökonomischen Zusammenhängen der österreichischen Volkswirtschaft sowie langfristigen Aspekten der öffentlichen Haushalte. Um den großen Unsicherheiten Rechnung zu tragen, denen langfristige Prognosen unterliegen, stellt der Bericht diesmal anstatt eines mittleren Basisszenarios zwei plausible Hauptvarianten dar, die sich ausschließlich in der zugrundeliegenden Erwerbsprognose unterscheiden. In Variante 1 wird die gemeinsame Erwerbsprognose von WIFO und IHS verwendet<sup>7</sup>, in Variante 2 die Erwerbsprognose der Europäischen Kommission<sup>8</sup>. In beiden Fällen handelt es sich nicht um Extremszenarien, sondern beide Varianten beruhen auf moderaten Annahmen<sup>9</sup>.

Die Darstellung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen erfolgt in Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), sodass eine Darstellung zentraler Budgetindikatoren (Maastricht-Saldo, Bruttoschuldenstand, Ausgaben- und Einnahmenquote) gegeben ist. Das Modell umfasst den Sektor Staat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsebene) als Gesamtheit.

Als allgemeine Modellannahme gilt der Grundsatz des „No Policy Change“: Es werden technisch alle gesetzlichen Regelungen fortgeschrieben. Nur in einzelnen Bereichen, wo eine strikte Fortschreibung der gegenwärtigen Rechtslage wenig plausibel ist – wie zB. im Bereich des Familienlastenausgleichsfonds oder der Pflegegeldleistungen, sowie bei anderen monetären Sozialleistungen, für die nicht explizit andere Annahmen getroffen wurden – wurden Plausibilitätsannahmen getroffen.

Die öffentlichen Einnahmen werden nach den folgenden vier Kategorien gesondert berechnet:

- Direkte Steuern
- Indirekte Steuern
- Sozialversicherungsbeiträge und
- Vermögenseinkommen und Sonstige Einnahmen

Bei den öffentlichen Ausgaben wird zwischen jenen Ausgaben, die von der demografischen Entwicklung abhängig sind, und jenen Ausgaben, die davon unabhängig sind, unterschieden.

Zur ersten Gruppe von Ausgaben gehören:

- Ausgaben für Pensionsleistungen (inkl. jener für Beamtinnen und Beamte)
- Ausgaben für Gesundheitsleistungen
- Ausgaben für Pflegeleistungen
- Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds
- Ausgaben für Bildung
- Ausgaben aufgrund von Arbeitslosigkeit

Die Annahmen der einzelnen Ausgabenbereiche werden explizit dargestellt.

<sup>7</sup> Kaniowski, S., Url, Th., Hofer, H., Müllbacher, S., A Long-run Macroeconomic Model of the Austrian Economy (A-LMM). New Results (2014), WIFO, Wien, 2014

<sup>8</sup> Europäische Kommission, „The 2015 Ageing Report - Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060)“, European Economy, 2015.

<sup>9</sup> Der Unterschied liegt in einer stärkeren Berücksichtigung der gestiegenen Bildungsbeteiligung durch die WIFO/IHS-Erwerbsprognose.

Zu den demografie-unabhängigen Ausgaben zählen im Sinne von COFOG die Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung, Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, für wirtschaftliche Angelegenheiten, Infrastruktur (insbesondere auch für die ÖBB), Umweltschutz, Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste und Freizeitgestaltung und Kultur. Diese Ausgaben werden falls nicht anders erwähnt mit der Steigerungsrate des nominellen BIP extrapoliert.

Zusätzlich zu den beiden Hauptvarianten, auf denen die Analysen der Ausgaben und Einnahmen in den Kapiteln 3 und 4 aufbauen und die die am wahrscheinlichsten eintretenden Varianten darstellen, hat das WIFO fünf Risikoszenarien erstellt:

- Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität („Geringeres MFP-Wachstum“)
- Geringere Migration nach Österreich
- Höhere Lebenserwartung
- Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität
- Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum („BIP-Indexierung der monetären Sozialleistungen“)

Im Mittelpunkt der budgetpolitischen Indikatoren stehen das Maastricht-Defizit und die gesamtstaatliche Verschuldungsquote. Da in diesen Projektionen konjunkturelle Schwankungen nicht modelliert sind und keine Einmalmaßnahmen angenommen wurden, ist hier das Maastricht-Defizit identisch mit dem strukturellen Defizit.

## 3. Langfristige Trends

### 3.1 Demografie

Allen Szenarien dieses Berichtes liegt die Hauptvariante der aktuellen Bevölkerungsprognose von Statistik Austria aus dem Jahr 2015 zu Grunde. Diese zeigt folgende Trends:

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Österreich wächst bei gleichzeitiger Alterung der Bevölkerung. Ausgehend von 8,84 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2014 werden für das Jahr 2020 8,94 Mio., für das Jahr 2030 9,31 Mio. und für das Jahr 2060 9,70 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner prognostiziert. Der Bevölkerungsanstieg ist auf Wanderungsgewinne (Einwanderungen minus Auswanderungen) und nicht auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen. Ohne Zuwanderung würden die Bevölkerungszahl und das Erwerbspotenzial langfristig sinken.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer steigt von 78,9 Jahren (2014) auf rund 87,3 Jahre (2060); die der Frauen von 83,7 Jahren (2014) auf 90,6 Jahre (2060).

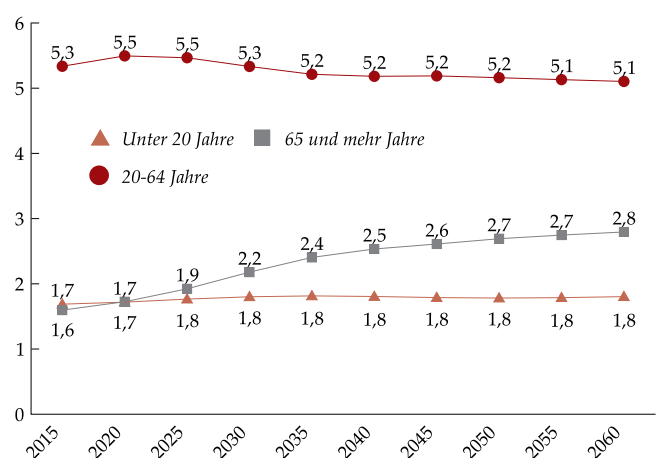
Die Altersstruktur verschiebt sich deutlich hin zu älteren Personen. Standen 2014 18,4% der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren, so werden es 2060 bereits 28,8% sein. Im Großen und Ganzen ist es ausschließlich diese Gruppe, die im Prognosezeitraum anwächst (+77,8%), während die Gruppe der unter 20-Jährigen (+7,0%) nur leicht wächst und die der 20 bis 64-Jährigen um 3,4% schrumpft.

Im Jahr 2014 lebten in Österreich 1,69 Mio. Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Das entspricht 19,7% der Gesamtbevölkerung. Dieser Wert wird 2048 mit 18,5% seinen Tiefpunkt erreichen und sich bis 2060 auf 18,6% einpendeln. In absoluten Zahlen steigt die Gruppe der unter 20-Jährigen bis 2030 auf 1,80 Mio. Personen bzw. um 6,8% an und verbleibt dann für den Rest des Prognosezeitraums in etwa auf diesem Niveau.

Im Jahr 2014 standen 5,29 Mio. Personen bzw. 61,9% der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. In den Jahren bis 2020 wird sich das Erwerbspotenzial noch leicht auf 5,50 Mio. Personen (+4,0%) erhöhen. Danach werden jedoch deutlich mehr Personen ins Pensionsalter übertreten als Jugendliche bzw. Zugewanderte in jüngeren Altersklassen dazukommen. Dementsprechend wird die Zahl der potenziellen Erwerbspersonen bis zum Jahr 2060 auf 5,10 Mio. (-3,4% gegenüber 2014) sinken. Entsprechend verringern wird sich auch der Anteil der 20 bis 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung: Bis zum Jahr 2060 geht er von 61,9% 2014 auf 52,6% zurück.

**Diagramm 3: Erwartete Bevölkerungsstruktur für Österreich**

in Mio. Menschen



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Die am schnellsten wachsende Gruppe ist die der Personen ab 65 Jahren. Im Jahr 2014 gehörten dieser Gruppe 1,57 Mio. Personen bzw. 18,4% der Gesamtbevölkerung an. Bis 2060 vergrößert sich diese Gruppe um 77,8% auf 2,80 Mio. Personen. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung vergrößert sich bis 2060 auf 28,8%.

Aus der sich ändernden Bevölkerungsstruktur ergeben sich auch stetig steigende „Belastungsquoten“, also das Verhältnis von Erwerbstätigen (Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren) zu Nicht-Erwerbstätigen (Personen im Alter unter 20 Jahren und ab 65 Jahren): Kamen 2014 auf 1 Erwerbstätigen 0,62 Nicht-Erwerbstätige, so werden es 2030 bereits 0,75, 2045 0,85 und 2060 gar 0,90 sein. Diese Quote ist aus budgetärer Sicht von Bedeutung, da sie die Relation zwischen potenziellen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern und Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern beschreibt.

**Tabelle 2: Erwartete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2015-2060**

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Personen (in Mio.)</b>										
Unter 20 Jahre	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
20-64 Jahre	5,3	5,5	5,5	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1
65 und mehr Jahre	1,6	1,7	1,9	2,2	2,4	2,5	2,6	2,7	2,7	2,8
<b>Gesamt</b>	<b>8,6</b>	<b>8,9</b>	<b>9,2</b>	<b>9,3</b>	<b>9,4</b>	<b>9,5</b>	<b>9,6</b>	<b>9,6</b>	<b>9,7</b>	<b>9,7</b>
<b>Personen (in % an der Gesamtbevölkerung)</b>										
Unter 20 Jahre	19,6	19,2	19,3	19,3	19,2	19,0	18,7	18,5	18,5	18,6
20-64 Jahre	61,9	61,5	59,7	57,3	55,3	54,4	54,1	53,6	53,1	52,6
65 und mehr Jahre	18,5	19,3	21,0	23,4	25,5	26,6	27,2	27,9	28,4	28,8
<b>Belastungsquote<sup>1)</sup></b>	<b>61,6</b>	<b>62,7</b>	<b>67,5</b>	<b>74,6</b>	<b>80,9</b>	<b>83,7</b>	<b>84,8</b>	<b>86,7</b>	<b>88,4</b>	<b>90,1</b>

Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2015

<sup>1)</sup>Personen unter 20 + Personen über 65 / Personen zwischen 20-64

## 3.2. Wirtschaftsentwicklung

Die langfristige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wurde vom WIFO auf Basis eines angebotsseitigen Modells geschätzt, bei dem die Wirtschaft langfristig entlang ihres Produktionspotenzials wächst. Das reale Wirtschaftswachstum wird dabei im Wesentlichen von den langfristigen demografischen Trends, welche das Arbeitsangebot determinieren, der Entwicklung des Kapitalstocks und dem technologischen Fortschritt bestimmt.

Für die demografischen Trends spielen die Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklung der Beschäftigung eine wichtige Rolle. Aufbauend auf der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria kommen zwei langfristige Erwerbsprognosen zur Anwendung, um die Sensitivität der Ergebnisse auf unterschiedliche Annahmen zu dokumentieren: Die gemeinsame Erwerbsprognose von WIFO und IHS (Variante 1) und die Erwerbsprognose der Europäischen Kommission (Variante 2; siehe Tabelle 4). Variante 1 unterstellt einen stärkeren Effekt der gestiegenen



Bildungsbeteiligung auf die Erwerbsquoten als Variante 2. Die Entwicklung der Beschäftigung steht im Spannungsfeld zwischen den anhaltend steigenden Erwerbsquoten von Frauen und älteren Menschen einerseits und dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter andererseits, sodass die Gesamtzahl der Erwerbspersonen über den gesamten Prognosezeitraum von 2020 bis 2060 in Variante 1 stagniert und in Variante 2 schrumpft. Für beide Varianten wird dieselbe Annahme hinsichtlich der Arbeitslosenquote getroffen, die auf Basis eines AR(2)-Modells geschätzt wurde und ebenfalls in Tabelle 3 dargestellt ist.

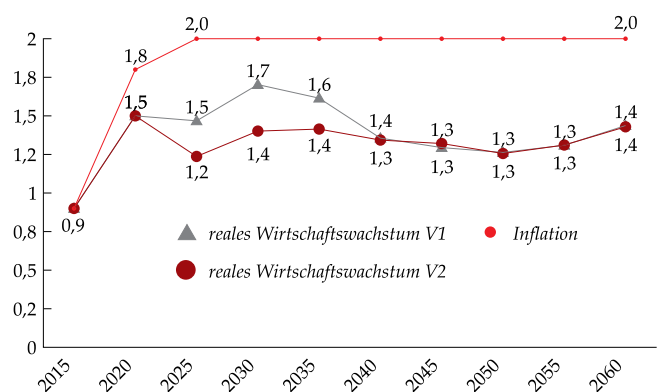
Die Entwicklung des Kapitalstocks ergibt sich aus der Annahme, dass das Verhältnis des Kapitalstocks zum BIP langfristig konstant gehalten wird.

Unsicherheit besteht bezüglich des künftigen technologischen Fortschritts (das entspricht im Modell dem Wachstum der Multifaktorproduktivität, MFP). Im Durchschnitt des Zeitraumes von 1976 bis 2014 betrug das MFP-Wachstum 0,7% pro Jahr, wobei es durch die Wirtschaftskrise 2009 deutlich abgeschwächt wurde und mittelfristig eine unterdurchschnittliche Dynamik prognostiziert wird; 2020 beträgt der prognostizierte MFP-Zuwachs 0,4%. In den beiden Hauptvarianten wird die Annahme getroffen, dass sich dieser von 0,4% im Jahr 2020 bis zum Jahr 2030 schrittweise auf den (den Effekt der Wirtschaftskrise berücksichtigenden) langjährigen Durchschnitt von 0,7% erhöht und ab 2030 0,7% pro Jahr beträgt. Im ersten Risikoszenario wird die für 2014 geschätzte MFP-Zuwachsrate von 0,3% langfristig fortgeschrieben („secular stagnation“).

Zwischen 1976 und 2014 ist die österreichische Wirtschaft im Durchschnitt real um 2,1% pro Jahr gewachsen. Für die Periode 2020 bis 2060 wird das reale Wirtschaftswachstum aufgrund des schwach wachsenden Arbeitskräftepotenzials in Variante 1 auf rund 1,4% pro Jahr geschätzt, in Variante 2 auf 1,3% pro Jahr. In Variante 1 ist das Wachstum in der ersten Hälfte des Prognosezeitraums höher als in Variante 2, da sich die Erwerbstätigkeit in diesem Zeitraum aufgrund der unterstellten Effekte der gestiegenen Bildungsbeteiligung dynamischer entwickelt als in Variante 2. Das Wachstum wird fast ausschließlich vom Produktivitätsfortschritt getragen. Zum Vergleich: von 1976 bis 2014 trugen Produktivitätsgewinne durchschnittlich rund 1,5 Prozentpunkte und der Beschäftigungszuwachs 0,6 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Ab 2021 wird mit einer Inflationsrate von 2% pro Jahr gerechnet.

**Diagramm 4: Wirtschaftsentwicklung für beide Varianten**

in % des BIP



Jahr 2015 gemäß Notifikation v. März 2016

Jahr 2020 gemäß WIFO-Mittelfristprognose vom März 2016

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Tabelle 3: Makroökonomische Annahmen**  
in %

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Variante 1 und 2</b>										
MFP***-Wachstum	0,2	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Inflation	0,9*	1,8**	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Arbeitslosenquote (nationaler Definition)	9,1*	10,0**	9,0	7,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
<b>Variante 1</b>										
reales Wirtschaftswachstum	0,9*	1,5**	1,5	1,7	1,6	1,4	1,3	1,3	1,3	1,4
Erwerbsquote Männer (15-64)	80,1	80,5	80,8	81,6	82,5	82,8	82,5	82,5	82,5	82,7
Erwerbsquote Frauen (15-64)	68,3	69,2	70,2	72,6	74,8	75,7	75,4	75,4	75,4	75,6
Erwerbsquote gesamt	74,2	74,9	75,5	77,1	78,7	79,2	79,0	79,0	79,0	79,2
<b>Variante 2</b>										
reales Wirtschaftswachstum	0,9*	1,5**	1,2	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4
Erwerbsquote Männer (15-64)	80,1	80,3	79,4	79,1	79,4	79,4	79,1	79,0	78,9	79,0
Erwerbsquote Frauen (15-64)	68,3	69,1	69,6	70,5	71,8	72,3	72,1	71,9	71,8	72,0
Erwerbsquote gesamt	74,2	74,8	74,5	74,9	75,7	75,9	75,7	75,5	75,4	75,6

Quelle: WIFO

\*Statistik Austria, März 2016

\*\*WIFO-Mittelfristprognose vom März 2016

\*\*\*Multifaktorproduktivität = gesamtwirtschaftliche Produktivität

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

## 4. Ergebnisse der Hauptvarianten

### 4.1. Demografieabhängige Ausgaben

#### 4.1.1. Pensionsausgaben

Die Pensionsausgaben umfassen sowohl die Pensionsausgaben der gesetzlichen Pensionsversicherung (Sozialversicherung und Bundeszuschuss) als auch die Ausgaben der Gebietskörperschaften für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten. Zusammen betragen diese Ausgaben 2015 14,1% des BIP. Im Zeitverlauf ist die Quote in beiden Varianten bis 2035 – aufgrund der Babyboom-Generation im Ruhestand – steigend. In der Variante 1 beträgt der Höchststand 14,6%, in der Variante 2 15,1% und geht gegen 2060 wieder etwas zurück: In Hauptvariante 1 auf 14,5%; in Hauptvariante 2 auf 14,8%. Die Verschiebung hin zu Pensionsausgaben im Rahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass auch im öffentlichen Dienst Arbeitsverhältnisse immer mehr auf vertraglicher Grundlage beruhen und weniger auf öffentlich-rechtlichen Regelungen.

**Tabelle 4: Öffentliche Pensionsausgaben**  
in % des BIP

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Variante 1</b>										
Pensionsversicherungsträger	10,7	10,8	11,4	11,8	12,1	12,5	12,8	13,2	13,5	13,6
BeamtInnenpensionen	3,4	3,3	3,1	2,8	2,5	2,0	1,5	1,2	1,0	0,9
<b>Gesamt</b>	<b>14,1</b>	<b>14,0</b>	<b>14,5</b>	<b>14,6</b>	<b>14,6</b>	<b>14,4</b>	<b>14,3</b>	<b>14,4</b>	<b>14,5</b>	<b>14,5</b>
<b>Variante 2</b>										
Pensionsversicherungsträger	10,7	10,8	11,4	12,0	12,5	13,0	13,4	13,6	13,8	13,9
BeamtInnenpensionen	3,4	3,3	3,1	2,9	2,5	2,0	1,5	1,2	1,0	1,0
<b>Gesamt</b>	<b>14,1</b>	<b>14,1</b>	<b>14,6</b>	<b>14,9</b>	<b>15,1</b>	<b>15,0</b>	<b>14,9</b>	<b>14,9</b>	<b>14,8</b>	<b>14,8</b>

Quelle: WIFO

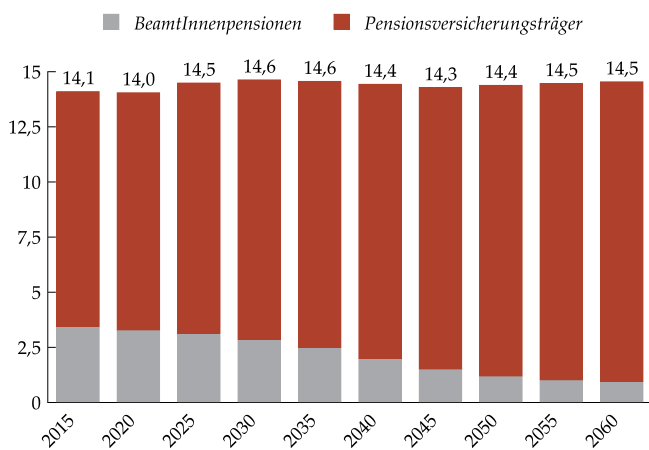
Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Die auf die Pensionsausgaben wirkenden Maßnahmen der letzten Jahre sind vielfältig:

- Die Maßnahmen der letzten Jahre zur schrittweisen Heranführung des faktischen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche Pensionsantrittsalter
- Harmonisierung der Pensionssysteme (Einheitliches Pensionsrecht für alle Erwerbstätigen und Angleichung des Pensionsantrittsalters von Frauen und Männern)
- Reformen bei der Invaliditätspension

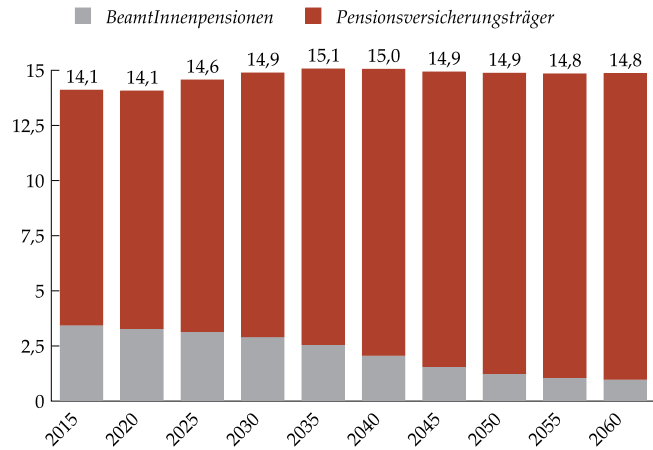
Im Vergleich zum letzten Bericht 2013 sind die Resultate im Pensionsbereich relativ günstig. Zum einen ist dies auf die gesetzten Maßnahmen im Pensionsbereich zurückzuführen, zum anderen auf die höhere Nettomigration. Neben den Hauptvarianten durchgeführte auf Risikoszenarien basierende Projektionen zeigen aber auch, dass beispielsweise eine geringere Nettomigration eine zusätzliche budgetäre Belastung durch Pensionsausgaben von jährlich 0,6% des BIP bis 2060 erzeugen könnte.

**Diagramm 5a: Öffentliche Pensionsausgaben für Variante 1**  
in % des BIP



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Diagramm 5b: Öffentliche Pensionsausgaben für Variante 2**  
in % des BIP



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

#### 4.1.2. Gesundheitsausgaben

Die Ausgaben für Gesundheit lassen sich in demografieabhängige und nicht-demografieabhängige Ausgaben unterteilen. Ausgaben für Langzeitpflege werden hier nicht berücksichtigt, sie finden sich in Abschnitt 4.1.3 bei den Pflegeausgaben. Zu den demografieabhängigen Ausgaben zählen jene, die mit einem höheren Bedarf an Gesundheitsleistungen im höheren Alter, in der Kindheit, und bei Frauen im gebärfähigen Alter zusammenhängen. Nicht-demografieabhängige Ausgaben sind solche, die mit technologischen Änderungen, Arzneimittelkosten und sich ändernden Organisationsstrukturen einhergehen.

Die demografieabhängigen Ausgaben werden mittels altersabhängigen Ausgabenprofilen ermittelt. Dabei wird seitens WIFO davon ausgegangen, dass die altersabhängigen Gesundheitsausgaben mit steigender Lebenserwartung um denselben Zeitraum verzögert anfallen.

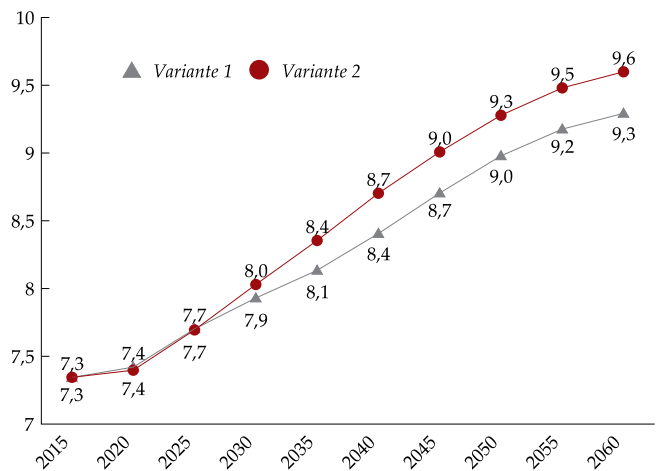
Bei den nicht-demografieabhängigen Ausgaben spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Einerseits steigt die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen mit den Einkommen (in der diesem Bericht zugrundeliegenden WIFO-Studie mit dem Faktor Eins), andererseits sind es institutionelle Faktoren (Änderungen im Gesundheitswesen), die den Ausgabenpfad mitbestimmen. Studien haben außerdem gezeigt, dass technische Entwicklungen zwar die Qualität der Gesundheitsversorgung verbessern, gleichzeitig aber eher kostentreibend wirken, weil günstigere Leistungen zu höherer Inanspruchnahme führen.

Das WIFO übernimmt für die nicht-demografieabhängigen Ausgaben die Schätzung der Europäischen Kommission, wonach die Ausgaben in diesem Bereich jährlich um 1,2 bis 1,3% steigen, und verbindet diese mit der Annahme, dass der von der Bundesregierung vereinbarte Kostendämpfungspfad (so wie bisher auch in Zukunft) eingehalten wird. Daraus ergibt sich eine jährliche Steigerung bei den nicht-demografieabhängigen Kosten von 0,35%.

Im Ergebnis steigen die Ausgaben für Gesundheitsleistungen entsprechend der Annahmen von 7,3% des BIP im Jahr 2015 kontinuierlich auf 9,3% (Variante 1) bzw. 9,6% (Variante 2) im Jahr 2060.

Die Projektionen sind in diesem Bereich allerdings mit besonderen Unsicherheiten behaftet, was die Wahl des Fortschreibungsansatzes, mögliche Effekte des demografischen Wandels für die Struktur der altersspezifischen Leistungsausgaben und spezielle kostentreibende Effekte des medizinisch-technischen Fortschritts betrifft.

**Diagramm 6: Öffentliche Gesundheitsausgaben in % des BIP**



Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Tabelle 5: Öffentliche Gesundheitsausgaben in % des BIP**

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Variante 1	7,3	7,4	7,7	7,9	8,1	8,4	8,7	9,0	9,2	9,3
Variante 2	7,3	7,4	7,7	8,0	8,4	8,7	9,0	9,3	9,5	9,6

Quelle: WIFO

#### 4.1.3. Pflegeausgaben

Unter den Pflegeausgaben werden sowohl Ausgaben für monetäre (Pflegegeld) als auch für Sachleistungen im Zusammenhang mit Langzeitpflege verstanden.

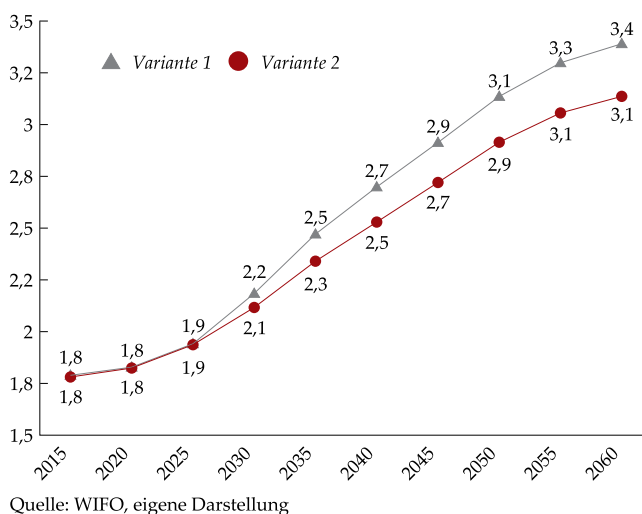
Die Projektion funktioniert in diesem Bereich ähnlich wie im Gesundheitsbereich. Es werden altersspezifische Ausgabenprofile erstellt und mit der Bevölkerungsprognose in Einklang gebracht. Es wird auch im Pflegebereich davon ausgegangen, dass die erhöhte Lebenserwartung zu einer Verschiebung der Ausgabenprofile um den Zeitraum der Erhöhung führt. Diese Annahme wird sowohl für Geld- als auch für Sachleistungen getroffen. Die Pflegegeldsätze werden mit der Inflationsrate fortgeschrieben, obwohl dies nicht der gesetzlichen Lage entspricht<sup>10</sup>. Zusätzlich geht das WIFO davon aus, dass die Pflegegeldansprüche bis zum Jahr 2020 zu 100% von den potenziellen Bezieher und Bezieherinnen ausgeschöpft werden, was zurzeit noch nicht der Fall ist. Bei den Sachleistungen führt eine Kostensteigerungselastizität in Bezug auf Lohnzuwächse von 1,3 (hoher Nachfrage- und kaum technischer Fortschritt) und die Annahme, dass die derzeit vorwiegend von Frauen geleistete informelle Pflege mit steigender Erwerbsquote dieser Personengruppe zu verstärkter Nachfrage von Pflegesachleistungen führt, insgesamt zu Ausgabensteigerungen. Letzterer Zusammenhang führt außerdem dazu, dass die

<sup>10</sup> Siehe die Anmerkungen zur „No Policy Change“-Annahme im Kapitel „Methodische Bemerkungen“

Variante 1 im Pflegebereich mehr Ausgaben im Verhältnis zum BIP prognostiziert als die Variante 2 (der eine weniger optimistische Erwerbsprognose zugrunde liegt).

Im Ergebnis steigen die Ausgaben für Pflege wie die Gesundheitsausgaben kontinuierlich über den Prognosezeitraum. 2015 betragen die Pflegeausgaben 1,8% vom BIP, 2060 werden es in Variante 1 3,4% sein, in Variante 2 3,1%.

**Diagramm 7: Öffentliche Pflegeausgaben in % des BIP**



**Tabelle 6: Öffentliche Pflegeausgaben in % des BIP**

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Variante 1	1,8	1,8	1,9	2,2	2,5	2,7	2,9	3,1	3,3	3,4
Variante 2	1,8	1,8	1,9	2,1	2,3	2,5	2,7	2,9	3,1	3,1

Quelle: WIFO

#### 4.1.4. Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) finanziert neben der Familienbeihilfe und dem Kinderbetreuungsgeld auch die Pensionsversicherungsbeiträge für karenzierte Eltern; darüber hinaus noch die Schülerinnen- und Schülerfreifahrt und die Schulbuchaktion.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Ausgabenkategorien werden die Leistungen des FLAF in der Modellierung des WIFO inflationsangepasst, obwohl dies nicht der gesetzlichen Lage entspricht. Es entspricht jedoch der gängigen Praxis, in regelmäßigen Abständen die Familienbeihilfe anzuheben. Die Ausgaben für die fixen Varianten des Kinderbetreuungsgelds werden ebenso inflationsangepasst fortgeschrieben, während die einkommensabhängige Variante mit der Lohnentwicklung Schritt hält.

Die Ausgaben für Schulbücher und die Schülerinnen- und Schülerfreifahrt werden ebenso mit der Inflation valorisiert. Die Zahlungen an die Pensionsversicherung werden basierend auf den vorhergesagten Geburtenzahlen und der Lohnentwicklung projiziert<sup>11</sup>. Deshalb gibt es in dieser Kategorie (so wie auch beim gehaltsabhängigen Kinderbetreuungsgeld) geringfügige Unterschiede zwischen Hauptvariante 1 und 2.

<sup>11</sup> Die Überweisung der Pensionsversicherungsbeiträge stellt einen innerstaatlichen Transfer dar, der hier mitmodelliert wird um den FLAF gesamthaft darzustellen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Ausgaben des FLAF im Verhältnis zum BIP über den Prognosezeitraum in beiden Varianten rückläufig sind: Von 2,0% des BIP 2015 auf 1,2 (Variante 1) bzw. 1,3% (Variante 2) des BIP 2060. Dies einerseits, weil die meisten Leistungen „nur“ inflationsangepasst angenommen werden und andererseits die jährlichen Geburten im Prognosezeitraum auf einem Niveau zwischen 80.000 und 90.000 oszillieren.

**Tabelle 7: Entwicklung des Familienlastenausgleichsfonds**  
in Mrd. € zu laufenden Preisen

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Variante 1</b>										
Familienbeihilfe	3,4	3,5	3,9	4,3	4,8	5,4	5,9	6,5	7,2	8,0
Kinderbetreuungsgeld	1,1	1,2	1,3	1,5	1,7	1,9	2,2	2,5	2,8	3,2
Pensionsbeiträge	1,3	1,5	1,8	2,1	2,5	2,9	3,5	4,1	4,9	5,9
Sonstige <sup>1)</sup>	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,4	1,5	1,7	1,8	2,0
Ausgaben gesamt	6,6	7,0	8,0	9,0	10,2	11,5	13,0	14,7	16,8	19,1
in % BIP	2,0	1,8	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2
<b>Variante 2</b>										
Familienbeihilfe	3,4	3,5	3,9	4,3	4,8	5,4	5,9	6,5	7,2	8,0
Kinderbetreuungsgeld	1,1	1,2	1,3	1,5	1,7	1,9	2,1	2,4	2,8	3,2
Pensionsbeiträge	1,3	1,5	1,8	2,0	2,4	2,8	3,3	4,0	4,7	5,6
Sonstige <sup>1)</sup>	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,4	1,5	1,7	1,8	2,0
Ausgaben gesamt	6,6	7,0	8,0	9,0	10,1	11,4	12,9	14,5	16,5	18,8
in % BIP	2,0	1,8	1,7	1,6	1,6	1,5	1,4	1,4	1,3	1,3

Quelle: WIFO

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

<sup>1)</sup>Freifahrten, Wochengeld, Schulbücher, etc.

#### 4.1.5. Bildungsausgaben

Die Prognose der öffentlichen Bildungsausgaben umfasst alles vom Kindergarten bis zur Universität. Für die Ausgaben für Kindergärten, Primär- und Sekundarstufe werden die aktuellen Schülerinnen- und Schülerzahlen entsprechend der Bevölkerungsprognose fortgeschrieben und die Betreuungsverhältnisse konstant gehalten. Daraus ergibt sich ein Zuwachs an Lehr- und Betreuungspersonal um rund 10.000 bis 2060 (von derzeit 147.000). Die Löhne des Lehr- und Betreuungspersonals entwickeln sich nach Annahme des WIFO wie im Privatsektor.

Im tertiären Bereich geht das WIFO derzeit von einem Sinken der Studierendenzahlen bis 2060 aus: Von derzeit rund 376.000 Studierenden auf 350.000. Diese Prognose ergibt sich ausschließlich aus den Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung der Gruppe der 20 bis 24-Jährigen. Damit sinken auch die Ausgaben für Lehrpersonal.

Neben den Personalausgaben bestehen die Bildungsausgaben zu einem Drittel aus Sachausgaben, die im WIFO-Bericht mit der Steigerungsrate des nominellen BIP fortgeschrieben werden.

Daraus ergeben sich über den Prognosezeitraum im Verhältnis zum BIP in beiden Varianten weitgehend konstante Bildungsausgaben von um die 5,0%.

**Tabelle 8: Öffentliche Bildungsausgaben**  
in % des BIP

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Variante 1	5,0	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,9	4,9
Variante 2	5,0	4,8	4,8	4,9	5,0	5,0	5,0	4,9	5,0	5,0

Quelle: WIFO

#### 4.1.6. Arbeitslosenunterstützung

Die öffentlichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind in Geldleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) und die aktive Arbeitsmarktpolitik zu unterteilen. Beide sind im Wesentlichen von der Lohnsumme und der angenommenen Arbeitslosigkeit abhängig. Wie im Abschnitt „Wirtschaftsentwicklung“ bereits beschrieben, wird diese ausgehend von 9,1% 2015 über 10,0% 2020 langfristig mit 7,0% nach nationaler Definition angenommen.

Die daraus resultierenden Ausgaben für die öffentlichen Haushalte lagen 2015 bei 1,6% vom BIP. Bis 2020 steigen sie aufgrund des prognostizierten Anstiegs der Arbeitslosigkeit in der WIFO-Mittelfristprognose noch auf 1,7% und gehen dann ab 2035 in beiden Varianten auf 1,4% vom BIP zurück.

**Tabelle 9: Öffentliche Ausgaben - Arbeitslosigkeit**  
in % des BIP

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Variante 1	1,6	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Variante 2	1,6	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4

Quelle: WIFO

## 4.2. Nicht-demografieabhängige Ausgaben

Zu den nicht-demografieabhängigen Ausgaben zählen insbesondere:

- Hoheitsverwaltung
- Innere und äußere Sicherheit
- Wirtschaftliche Angelegenheiten
- Schienenverkehr (ÖBB) und sonstiger Verkehr
- Umweltschutz
- Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste
- Freizeitgestaltung, Sport und Kultur
- Zinsen



Explizit ausgewiesen werden im Bericht des WIFO die Zinsen. Dabei wird angenommen, dass sich der Zinssatz im Einklang mit dem Wachstum des nominellen BIP entwickelt, plus eines Zuschlags von 0,75 Prozentpunkten<sup>12</sup>. Der Ausgangswert für die Zinsausgaben beträgt 2015 in beiden Varianten 2,4% des BIP. In Variante 1 sinken die Ausgaben für Zinsen bis 2060 auf 1,6% des BIP, in Variante 2 hingegen sinken sie bis 2020 auf 2,0% und schwanken in der Folge zwischen 2,1 und 2,2% bis sie 2060 wieder auf 2,4% ansteigen. Das Sinken der Zinsausgaben zu Beginn des Prognosezeitraums ergibt sich daraus, dass derzeit der Durchschnittszinssatz für die Staatsschulden höher ist als der Zinssatz für neu begebene Anleihen. Der spätere Unterschied zwischen den Varianten erklärt sich hauptsächlich aus der unterschiedlichen Höhe des Schuldenstands.

**Tabelle 10: Nicht-demografieabhängige öffentliche Ausgaben**  
in % des BIP

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Variante 1</b>										
Zinsen	2,4	1,7*	2,2	2,2	2,1	1,9	1,7	1,6	1,5	1,6
Sonstige	17,5	16,3*	16,0	15,8	15,5	15,4	15,3	15,2	15,2	15,1
<b>Variante 2</b>										
Zinsen	2,4	1,7*	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,4
Sonstige	17,5	16,3*	16,1	15,9	15,8	15,7	15,6	15,5	15,4	15,3

Quelle: WIFO

\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

### 4.3. Einnahmen

Die gesamten Einnahmen des Staates betragen 2015 50,6% des BIP und sinken in den Langfrist-Projektionen für beide Varianten ab 2025 auf 49,5% ab. Die Einnahmen werden in folgenden 4 Kategorien dargestellt:

- Indirekte Steuern (Produktions- und Importabgaben),
- Direkte Steuern (Einkommen- und Vermögensteuern),
- Sozialbeiträge sowie
- Sonstige Einnahmen (zB. Vermögenseinkommen).

Die Anteile der Kategorien an den Gesamteinnahmen ändern sich über den Prognosezeitraum in beiden Varianten kaum.

Die indirekten Steuern sind jene Steuern, die auf die Preise der Waren und Dienstleistungen überwält werden, die die Konsumentinnen und Konsumenten kaufen. Die indirekten Steuern betragen etwa 28,5% der Steuereinnahmen. Die quantitativ wichtigste indirekte Steuer ist die Umsatzsteuer. Andere bedeutende indirekte Steuern sind die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer sowie Kommunal- und sonstige Verbrauchsteuern. Abweichend dazu werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds und die Kommunalsteuer zu den indirekten Steuern gezählt.

<sup>12</sup> Details finden sich im Bericht des WIFO auf Seite 27.

Zu den direkten Steuern zählen die Lohnsteuer, die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragssteuer. Diese Steuern machen rund 28% aller Steuereinnahmen aus. Die Lohnsteuer stellt die größte einzelne Progressionssteuer dar. Sie wird grundsätzlich auf Löhne und Gehälter sowie auf Pensionseinkommen erhoben.

Die Sozialbeiträge umfassen die Pflichtbeiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen, insbesondere die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur Pensionsversicherung, zur Krankenversicherung und zur Unfallversicherung. Die Sozialbeiträge pendeln sich langfristig bei 31,4% der gesamten Staatseinnahmen ein.

Die sonstigen Einnahmen umfassen ein Konglomerat von Einnahmen wie die Vermögenseinkommen (Dividenden, Zinseinnahmen), Einnahmen aus Produktionserlösen und Gebühren, Transferleistungen und diverse andere Einnahmen. Die sonstigen Einnahmen haben mit einem Anteil von 12% an den Gesamteinnahmen eine geringere Bedeutung.

Gemäß der WIFO-Studie entwickeln sich die Einnahmen wie die gewichteten Wachstumsraten der jeweiligen Beitragsgrundlagen, welche nur minimal vom BIP-Wachstum abweichen. (siehe Tabelle 12 „Öffentliche Einnahmen“). Dies entspricht am ehesten der „No Policy Change“-Annahme.

**Tabelle 11: Öffentliche Einnahmen**  
in % des BIP

	2015*	2020**	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Variante 1</b>										
Indirekte Steuern	14,5	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1
Direkte Steuern	14,3	13,8	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Sozialbeiträge	15,5	15,6	15,6	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5
Sonstige Einnahmen	6,2	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>50,6</b>	<b>49,2</b>	<b>49,5</b>	<b>49,5</b>	<b>49,5</b>	<b>49,5</b>	<b>49,4</b>	<b>49,5</b>	<b>49,5</b>	<b>49,4</b>
<b>Variante 2</b>										
Indirekte Steuern	14,5	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1	14,1
Direkte Steuern	14,3	13,8	14,0	14,1	14,1	14,1	14,0	14,0	14,0	14,0
Sozialbeiträge	15,5	15,6	15,6	15,5	15,6	15,6	15,6	15,6	15,6	15,5
Sonstige Einnahmen	6,2	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>50,6</b>	<b>49,2</b>	<b>49,5</b>	<b>49,5</b>	<b>49,6</b>	<b>49,6</b>	<b>49,5</b>	<b>49,5</b>	<b>49,5</b>	<b>49,5</b>

Quelle: WIFO

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

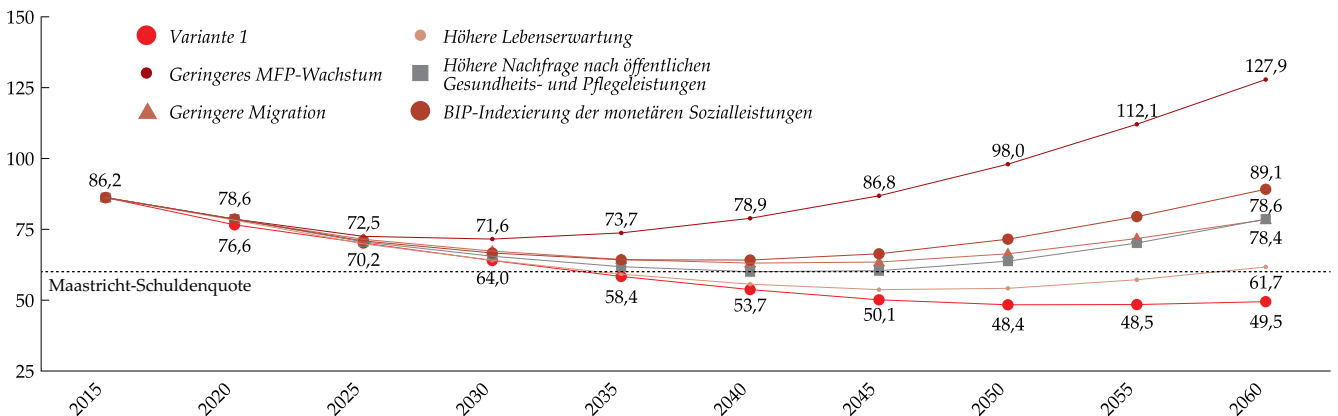
\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

# 5. Risikoszenarien

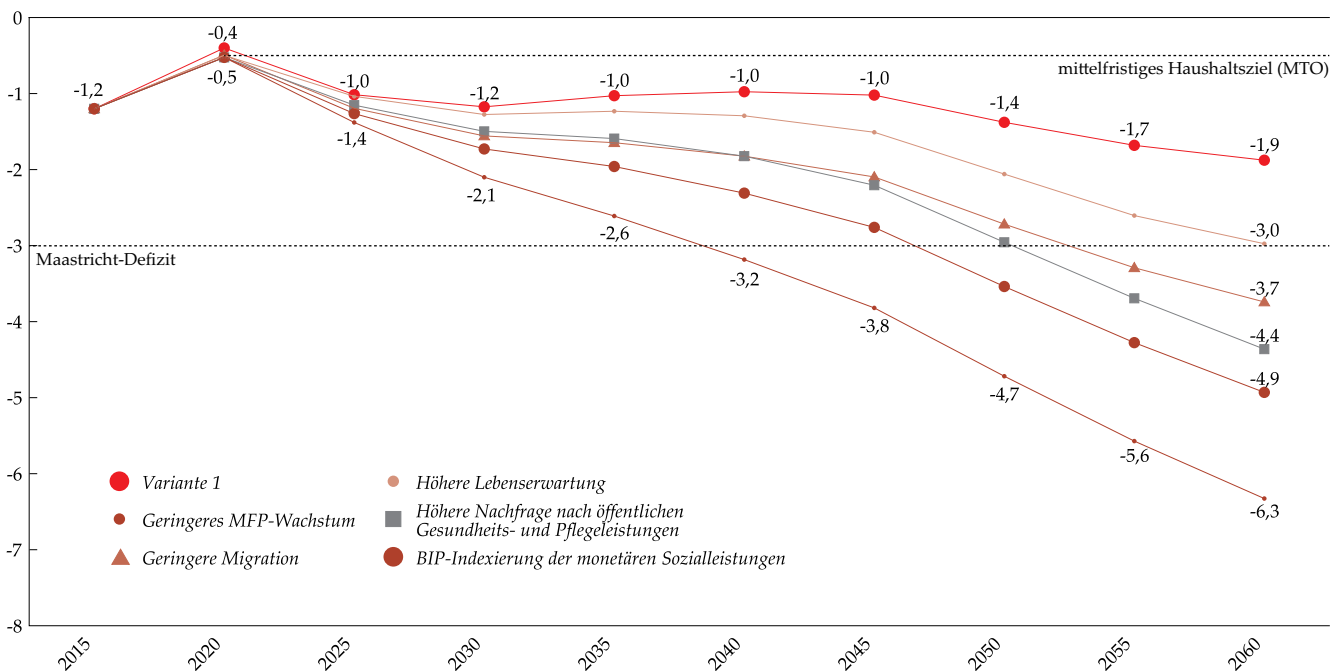
Insgesamt wurden vom WIFO zusätzlich zu den beiden Basisvarianten 5 Risikoszenarien projiziert, um die Auswirkungen abweichender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen auf die Schuldenquote, den Maastricht-Saldo, das Wirtschaftswachstum und bedeutsame öffentliche Ausgaben wie z.B. die Pensions-, Gesundheits-, Pflege- und Bildungsausgaben darzustellen. Zu beachten ist, dass die Risikoszenarien jeweils für Variante 1 und Variante 2 berechnet wurden.

**Diagramm 8a: Auswirkungen der Risikoszenarien auf die öffentliche Verschuldung für Variante 1**  
Schuldenstand in % des BIP



Im Jahr 2015 wurde die tatsächliche Verschuldungsquote nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.  
Im Jahr 2020 wurde für Variante 1 die Schuldenquote gemäß BFRG 2017-2020 nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.  
Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Diagramm 9a: Auswirkungen der Risikoszenarien auf den Maastricht-Saldo für Variante 1**  
Maastricht-Saldo in % des BIP



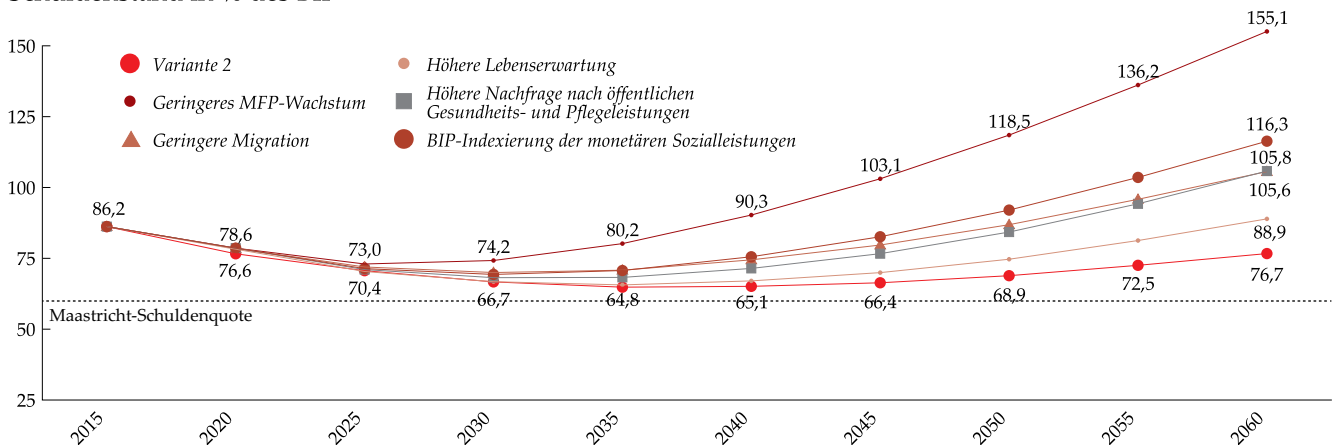
Im Jahr 2015 wurde der tatsächliche Maastricht-Saldo nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.  
Im Jahr 2020 wurde für Variante 1 der Maastricht-Saldo gemäß BFRG 2017-2020 nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.  
Quelle: WIFO, eigene Darstellung

Die 5 Risikoszenarien aus Sicht der öffentlichen Finanzen sind:

- Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität („Geringeres MFP-Wachstum“)
- Geringere Migration nach Österreich
- Höhere Lebenserwartung
- Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität
- Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum („BIP-Indexierung der monetären Sozialleistungen“)

### Diagramm 8b: Auswirkungen der Risikoszenarien auf die öffentliche Verschuldung für Variante 2

Schuldenstand in % des BIP



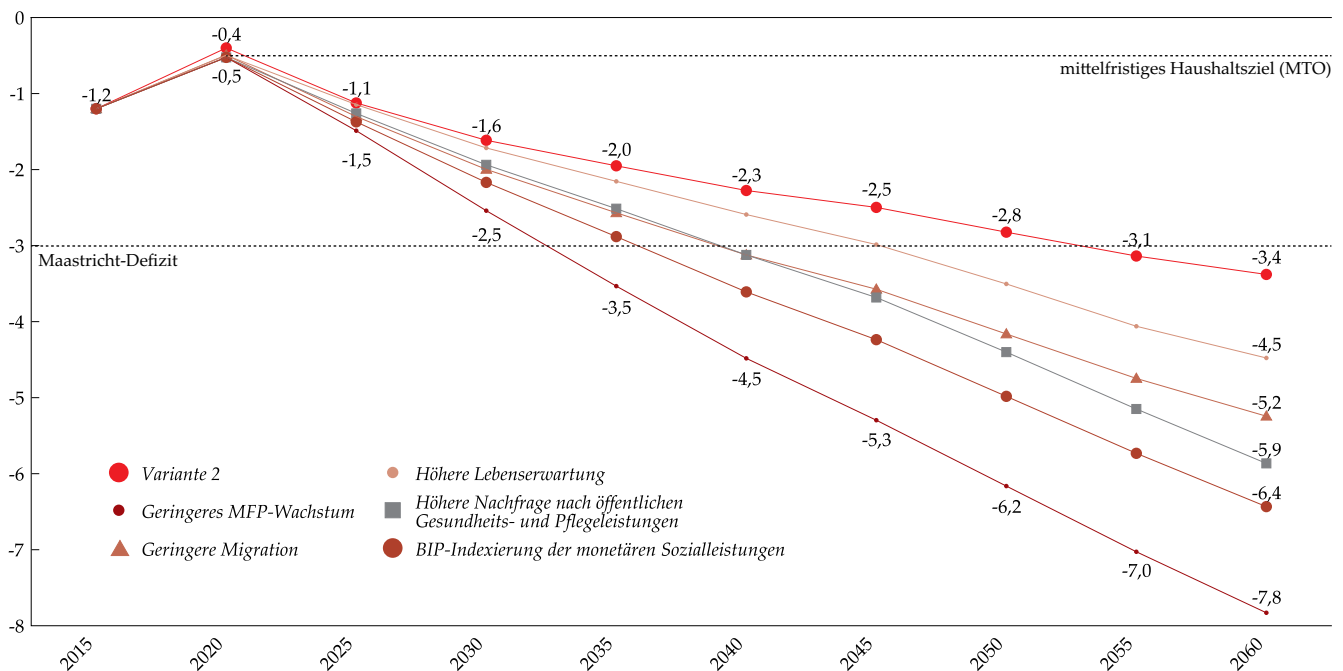
Im Jahr 2015 wurde die tatsächliche Verschuldungsquote nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.

Im Jahr 2020 wurde für Variante 2 die Schuldenquote gemäß BFRG 2017-2020 nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

### Diagramm 9b: Auswirkungen der Risikoszenarien auf den Maastricht-Saldo für Variante 2

Maastricht-Saldo in % des BIP

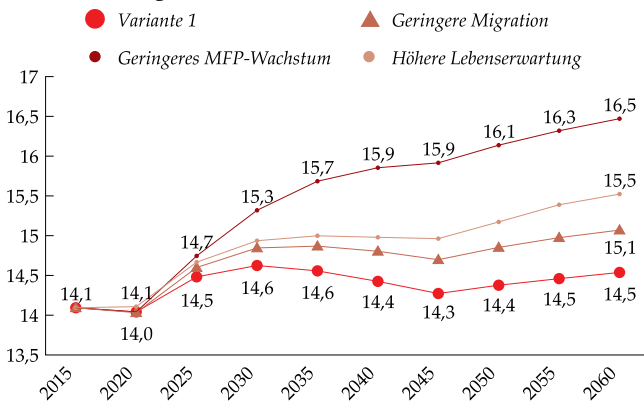


Im Jahr 2015 wurde der tatsächliche Maastricht-Saldo nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.

Im Jahr 2020 wurde für Variante 2 der Maastricht-Saldo gemäß BFRG 2017-2020 nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

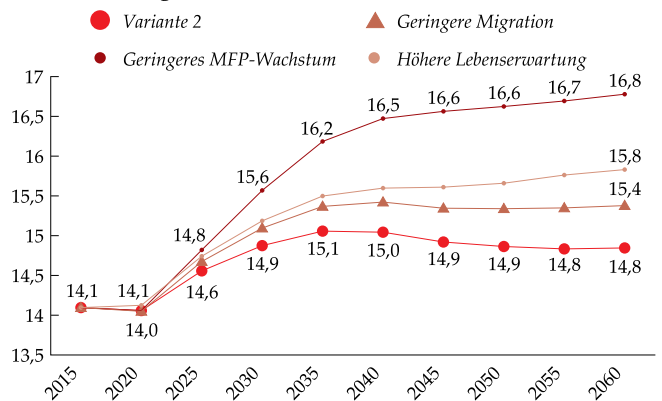
**Diagramm 10a: Auswirkungen der Risikoszenarien auf die Pensionsausgaben für Variante 1**  
Pensionsausgaben in % des BIP



Nur die dargestellten Risikoszenarien haben Auswirkungen auf die Pensionsausgaben.

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

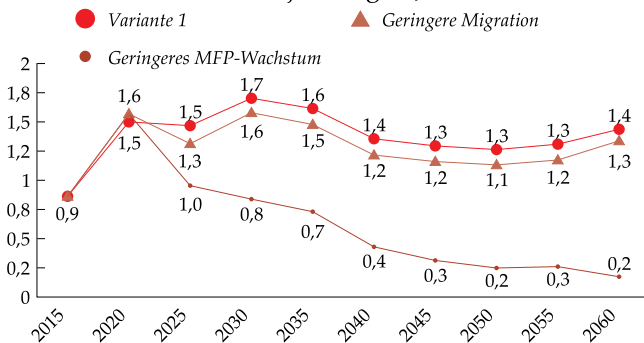
**Diagramm 10b: Auswirkungen der Risikoszenarien auf die Pensionsausgaben für Variante 2**  
Pensionsausgaben in % des BIP



Nur die dargestellten Risikoszenarien haben Auswirkungen auf die Pensionsausgaben.

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Diagramm 11a: Auswirkungen der Risikoszenarien auf das BIP-Wachstum für Variante 1**  
BIP-Wachstum in % im jeweiligen Jahr

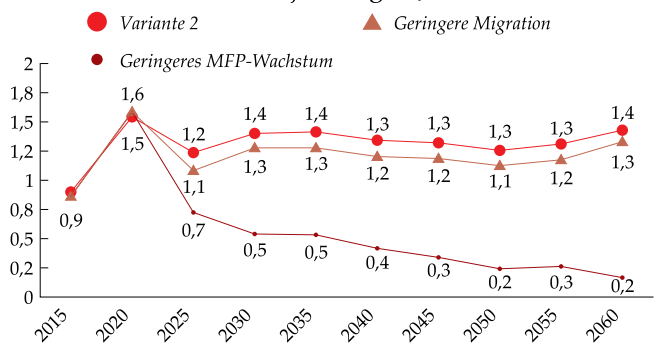


Nur die dargestellten Risikoszenarien haben Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum.

Im Jahr 2020 wurde für Variante 1 das BIP-Wachstum gemäß BFRG 2017-2020 nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

**Diagramm 11b: Auswirkungen der Risikoszenarien auf das BIP-Wachstum für Variante 2**  
BIP-Wachstum in % im jeweiligen Jahr



Nur die dargestellten Risikoszenarien haben Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum.

Im Jahr 2020 wurde für Variante 2 das BIP-Wachstum gemäß BFRG 2017-2020 nachträglich ergänzt, danach folgen die Projektionsergebnisse.

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

## 5.1. Geringeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität

Im Jahr 2014 betrug das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (auch Multifaktorproduktivität genannt) 0,3% und war damit niedriger als im langjährigen jährlichen Durchschnitt von 0,7%. In diesem Risikoszenario wird untersucht welche Auswirkungen es hätte, falls die gesamtwirtschaftliche Produktivität weiterhin 0,3% pro Jahr betragen würde und nicht – wie in den Hauptvarianten angenommen – langfristig wieder auf 0,7% ansteigen wird.

Das durchgehend geringere Wachstum der Produktivität hat längerfristig massive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und den Schuldenstand. Das Wirtschaftswachstum liegt bis zu 0,8 Prozentpunkte pro Jahr unter den beiden Hauptvarianten. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Pensionsausgaben langsamer sinken als die Einnahmen. Die Pensionsausgaben als Anteil am BIP steigen dadurch bis 2060 in Variante 1 auf 16,5% und in Variante 2 auf 16,8% an. Damit einher gehen eine stetige Verschlechterung des Maastricht-Saldos und ein Anstieg der Schuldenquote bis 2060 in Variante 1 auf 127,9% und in Variante 2 auf 155,1% des BIP.

**Tabelle 12: Auswirkungen des Risikoszenarios „Geringeres MFP-Wachstum“ auf...**

Schuldenquote, Maastricht-Saldo und Pensionsausgaben in % des BIP; das reale BIP-Wachstum in %

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote RS V1 <sup>1)</sup>	86,2*	76,6**	72,5	71,6	73,7	78,9	86,8	98,0	112,1	127,9
Schuldenquote RS V2	86,2*	76,6**	73,0	74,2	80,2	90,3	103,1	118,5	136,2	155,1
Maastricht-Saldo RS V1	-1,2*	-0,4**	-1,4	-2,1	-2,6	-3,2	-3,8	-4,7	-5,6	-6,3
Maastricht-Saldo RS V2	-1,2*	-0,4**	-1,5	-2,5	-3,5	-4,5	-5,3	-6,2	-7,0	-7,8
Pensionausgaben RS V1	14,1	14,0	14,7	15,3	15,7	15,9	15,9	16,1	16,3	16,5
Pensionausgaben RS V2	14,1	14,1	14,8	15,6	16,2	16,5	16,6	16,6	16,7	16,8
BIP-Wachstum RS V1	0,9*	1,5**	1,0	0,8	0,7	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2
BIP-Wachstum RS V2	0,9*	1,5**	0,7	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2

Quelle: WIFO

<sup>1)</sup> RS V1 steht als Abkürzung für das jeweilige Risikoszenario der Variante 1 usw.

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

## 5.2. Geringere Migration nach Österreich

Im Jahr 2014 betrug die Nettozuwanderung nach Österreich 72.324 Personen. Im Zeitraum 2020/2060 geht die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria von einer Nettozuwanderung von durchschnittlich 28.225 Personen aus. In diesem Risikoszenario geht das WIFO davon aus, dass die Nettozuwanderung gemäß der alternativen Bevölkerungsprognose „Untere Wanderungsvariante“ der Statistik Austria auf 22.160 Personen sinkt und sich dadurch das Arbeitskräfteangebot verringert. Das Arbeitskräfteangebot verringert sich, weil der überwiegende Teil der Zuwanderinnen und Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter ist.

Das niedrigere Arbeitskräfteangebot führt zu einem um knapp 0,15 Prozentpunkte geringeren realen BIP-Wachstum, das wiederum dämpfende Auswirkungen auf diverse öffentliche Einnahmen und Ausgaben hat. Die tendenziell ansteigenden Ausgaben für Pensionen, Gesundheit und Pflege werden schwächer gedämpft als das BIP, wodurch deren Anteil am BIP zunimmt. Die Schuldenquote nimmt nach einem mittelfristigen Absinken aufgrund wachsender Defizite um 2035 wieder zu. In Variante 1 erhöht sich die Schuldenquote bis 2060 auf 78,4% und in Variante 2 auf 105,6% des BIP.

**Tabelle 13: Auswirkungen des Risikoszenarios „Geringere Migration“ auf...**

Schuldenquote, Maastricht-Saldo und Pensionsausgaben in % des BIP; das reale BIP-Wachstum in %

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote RS V1 <sup>1)</sup>	86,2*	76,6**	71,5	67,3	64,4	63,1	63,5	66,4	71,8	78,4
Schuldenquote RS V2	86,2*	76,6**	72,0	70,0	70,8	74,5	79,7	86,9	95,8	105,6
Maastricht-Saldo RS V1	-1,2*	-0,4**	-1,2	-1,6	-1,6	-1,8	-2,1	-2,7	-3,3	-3,7
Maastricht-Saldo RS V2	-1,2*	-0,4**	-1,3	-2,0	-2,6	-3,1	-3,6	-4,2	-4,7	-5,2
Pensionsausgaben RS V1	14,1	14,0	14,6	14,8	14,9	14,8	14,7	14,9	15,0	15,1
Pensionsausgaben RS V2	14,1	14,1	14,7	15,1	15,4	15,4	15,3	15,3	15,3	15,4
BIP-Wachstum RS V1	0,9*	1,5**	1,3	1,6	1,5	1,2	1,2	1,1	1,2	1,3
BIP-Wachstum RS V2	0,9*	1,5**	1,1	1,3	1,3	1,2	1,2	1,1	1,2	1,3

Quelle: WIFO

<sup>1)</sup> RS V1 steht als Abkürzung für das jeweilige Risikoszenario der Variante 1 usw.

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

### 5.3. Höhere Lebenserwartung

Die Lebenserwartung von Frauen bei der Geburt lag 2014 bei 83,7 Jahren, jene der Männer bei 78,9 Jahren. Für 2060 wird für Frauen mit 90,6 und Männer mit 87,3 Jahren von einer deutlich höheren Lebenserwartung ausgegangen. In diesem Risikoszenario erhöht sich die Lebenserwartung noch mehr und steigt für Frauen auf 92,3 Jahre und für Männer auf 89,6 Jahre an.

Durch die verlängerte Lebenszeit nimmt die Bezugsdauer der Pensionen zu. Die Anzahl der Pensionistinnen und Pensionisten steigt an, wodurch die Pensionsausgaben in beiden Varianten kontinuierlich ansteigen, in Variante 1 auf 15,5% und in Variante 2 auf 15,8% des BIP. Die Gesundheits- und Pflegeausgaben werden vorübergehend durch die längere Lebenszeit in sehr gutem Gesundheitszustand gedämpft. Die Schuldenquote geht aufgrund dieser Effekte in beiden Varianten zunächst zurück, wächst jedoch bis 2060 wieder an – auf 61,7% in Variante 1 und 88,9% des BIP in Variante 2.

**Tabelle 14: Auswirkungen des Risikoszenarios „Höhere Lebenserwartung“ auf...**

Schuldenquote, Maastricht-Saldo und Pensionsausgaben in % des BIP; das reale BIP-Wachstum in %

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote RS V1 <sup>1)</sup>	86,2*	76,6**	69,9	64,1	59,2	55,7	53,7	54,2	57,2	61,7
Schuldenquote RS V2	86,2*	76,6**	70,4	66,8	65,6	67,0	70,0	74,7	81,3	88,9
Maastricht-Saldo RS V1	-1,2*	-0,4**	-1,0	-1,3	-1,2	-1,3	-1,5	-2,1	-2,6	-3,0
Maastricht-Saldo RS V2	-1,2*	-0,4**	-1,1	-1,7	-2,2	-2,6	-3,0	-3,5	-4,1	-4,5
Pensionsausgaben RS V1	14,1	14,1	14,7	14,9	15,0	15,0	15,0	15,2	15,4	15,5
Pensionsausgaben RS V2	14,1	14,1	14,7	15,2	15,5	15,6	15,6	15,7	15,8	15,8
BIP-Wachstum RS V1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BIP-Wachstum RS V2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: WIFO

<sup>1)</sup> RS V1 steht als Abkürzung für das jeweilige Risikoszenario der Variante 1 usw.

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)



## 5.4. Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen durch eine höhere Einkommenselastizität

Im Jahr 2014 betrug die Gesundheitsausgaben 7,0% und die Pflegeausgaben 1,8% des BIP. In den Projektionen der Basisvarianten steigen die Gesundheits- und Pflegeausgaben bis 2060 für beide Varianten auf über 9% bzw. 3% des BIP deutlich an. In diesem Risikoszenario wird davon ausgegangen, dass die Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen mit steigendem Wohlstand überproportional zunimmt.

Durch die höheren Gesundheits- und Pflegeausgaben verschlechtert sich in beiden Varianten ab den 2020er-Jahren der Maastricht-Saldo. Die steigenden kumulierten Defizite tragen nach einer Erholungsphase später zu einem raschen Anstieg der Schuldenquote bei. In Variante 1 erreicht die Schuldenquote 2060 in diesem Risikoszenario 78,6% bzw. 105,8% des BIP in Variante 2.

**Tabelle 15: Auswirkungen des Risikoszenarios „Höhere Nachfrage nach öffentlichen Gesundheits- und Pflegeleistungen“ auf...**

Schuldenquote, Maastricht-Saldo und Pensionsausgaben in % des BIP; das reale BIP-Wachstum in %

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote RS V1 <sup>1)</sup>	86,2*	76,6**	70,6	65,5	61,8	60,1	60,4	63,8	70,2	78,6
Schuldenquote RS V2	86,2*	76,6**	71,0	68,2	68,3	71,4	76,6	84,3	94,2	105,8
Maastricht-Saldo RS V1	-1,2*	-0,4**	-1,2	-1,5	-1,6	-1,8	-2,2	-3,0	-3,7	-4,4
Maastricht-Saldo RS V2	-1,2*	-0,4**	-1,3	-1,9	-2,5	-3,1	-3,7	-4,4	-5,1	-5,9
Pensionausgaben RS V1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionausgaben RS V2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BIP-Wachstum RS V1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BIP-Wachstum RS V2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: WIFO

<sup>1)</sup> RS V1 steht als Abkürzung für das jeweilige Risikoszenario der Variante 1 usw.

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

## 5.5. Anhebung der monetären Sozialleistungen mit dem BIP-Wachstum

Die monetären Sozialleistungen umfassen Pensionen, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Pflegegeld und sonstige monetäre Sozialleistungen. Sie betrug 2015 insgesamt 19,5% des BIP. Für die Hauptvarianten wurde die vom „No Policy Change“-Prinzip abweichende Annahme getroffen, dass die monetären Sozialleistungen mit der Inflation angepasst werden, um ihre Entwertung zu verhindern. In diesem Risikoszenario wird davon ausgegangen, dass die monetären Sozialleistungen (ausgenommen Pensionen) anstatt mit der Inflation mit dem höheren BIP-Wachstum angepasst werden.

Durch die Erhöhung der monetären Sozialleistungen – die Pensionsausgaben bleiben zu den Hauptvarianten unverändert – im Einklang mit dem BIP-Wachstum wären diese 2060 um 2% vom BIP höher als in den Basisvarianten. Die höheren Ausgaben führen zu einem höheren Defizit, das längerfristig wiederum die Schuldenquote anhebt. Für das Jahr 2060 wird für Variante 1 eine Schuldenquote von 89,1% und für Variante 2 von 116,3% projiziert.

**Tabelle 16: Auswirkungen des Risikoszenarios „BIP-Indexierung der monetären Sozialleistungen“ auf...**  
Schuldenquote, Maastricht-Saldo und Pensionsausgaben in % des BIP; das reale BIP-Wachstum in %

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
Schuldenquote RS V1 <sup>1)</sup>	86,2*	76,6**	70,9	66,6	64,2	64,2	66,4	71,5	79,5	89,1
Schuldenquote RS V2	86,2*	76,6**	71,4	69,3	70,7	75,6	82,6	92,0	103,6	116,3
Maastricht-Saldo RS V1	-1,2*	-0,4**	-1,3	-1,7	-2,0	-2,3	-2,8	-3,5	-4,3	-4,9
Maastricht-Saldo RS V2	-1,2*	-0,4**	-1,4	-2,2	-2,9	-3,6	-4,2	-5,0	-5,7	-6,4
Pensionsausgaben RS V1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsausgaben RS V2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BIP-Wachstum RS V1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BIP-Wachstum RS V2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: WIFO

<sup>1)</sup> RS V1 steht als Abkürzung für das jeweilige Risikoszenario der Variante 1 usw.

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

## 6. Vergleich mit den Projektionen der Europäischen Kommission

Die Ergebnisse für die langfristige Entwicklung der gesamten altersabhängigen Ausgaben werden in diesem Abschnitt den Projektionen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und der Europäischen Kommission (EK) über die langfristige Entwicklung der altersabhängigen öffentlichen Ausgaben vom Mai 2015 (Ageing Report 2015)<sup>13</sup> gegenübergestellt.

Im Rahmen des Ageing Reports 2015 geht die EK von einem Anstieg der gesamten altersabhängigen Ausgaben (Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Arbeitslosenbeihilfen) um etwa 3%-Punkte auf 30,8% des BIP bis zum Jahr 2060 aus. Sowohl für Pensionen als auch für die Bereiche Gesundheit und Pflege wird ein Kostenanstieg projiziert. Die Kosten für den Bereich Bildung und Arbeitslosenbeihilfen stagnieren bzw. gehen leicht zurück.

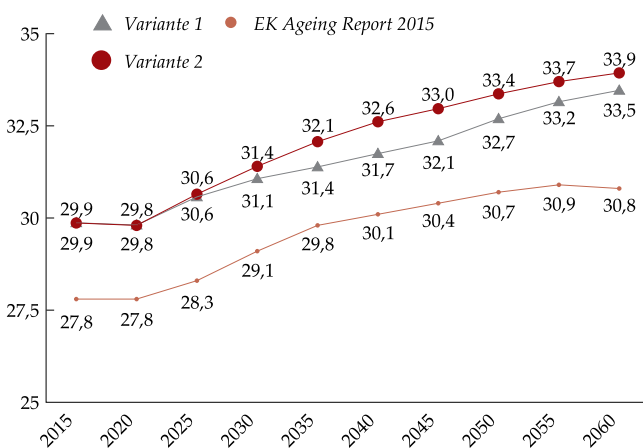
In Variante 1 steigen die gesamten altersabhängigen Ausgaben bis 2060 ebenfalls um etwa 3%-Punkte auf 34,7% des BIP. In Variante 2 ergibt sich ein Anstieg um etwa 3,5%-Punkte auf 35,2%.

Im Vergleich zu den Projektionen der EK entwickeln sich die Ausgaben in Variante 1 für die Bereiche der altersabhängigen Ausgaben ähnlich. In Variante 2 wird hingegen von deutlich höheren Ausgaben für Pensionen und Gesundheit ausgegangen.

Die Unterschiede in den Projektionen von EK und WIFO ergeben sich u.a. aufgrund der unterschiedlichen makroökonomischen Annahmen und der unterschiedlichen Bevölkerungs- und Erwerbsprognosen, die den jeweiligen Projektionen zugrunde gelegt wurden.

**Diagramm 12: Vergleich der Varianten mit dem Ageing Report 2015 der EK**

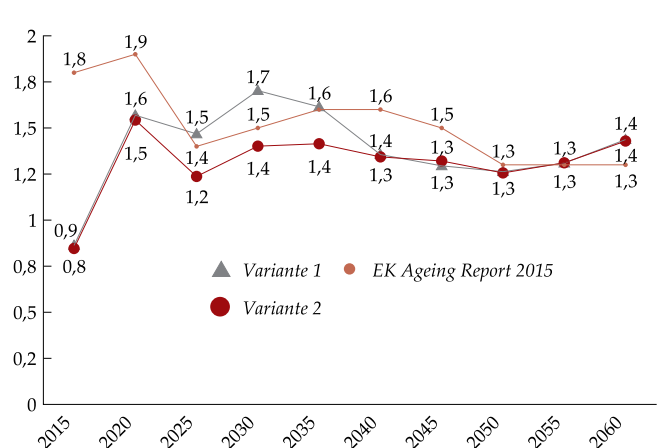
Öffentliche demografische Ausgaben in % des BIP



Quelle: WIFO, Ageing Report 2015, Statistik Austria, eigene Darstellung

**Diagramm 13: Vergleich der Varianten mit dem Ageing Report 2015 der EK**

Reales Wirtschaftswachstum in % im jeweiligen Jahr



Quelle: WIFO, Ageing Report 2015, Statistik Austria, eigene Darstellung

<sup>13</sup> European Commission: "The 2015 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060)", European Economy 3/2015. Download unter: [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2015/ee3\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2015/ee3_en.htm)

**Tabelle 17: Vergleich mit dem Ageing Report 2015 der EK**  
in % des BIP

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Öffentliche Ausgaben für Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Arbeitslosigkeit (ohne FLAF)</b>										
Variante 1	29,9	29,8	30,6	31,1	31,4	31,7	32,1	32,7	33,2	33,5
Variante 2	29,9	29,8	30,6	31,4	32,1	32,6	33,0	33,4	33,7	33,9
Ageing Report 2015	27,8	27,8	28,3	29,1	29,8	30,1	30,4	30,7	30,9	30,8
<b>BIP-Wachstum</b>										
Variante 1	0,9*	1,5**	1,5	1,7	1,6	1,4	1,3	1,3	1,3	1,4
Variante 2	0,9*	1,5**	1,2	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4
Ageing Report 2015 <sup>1)</sup>	1,8	1,9	1,4	1,5	1,6	1,6	1,5	1,3	1,3	1,3

Quelle: WIFO, Ageing Report 2015, Statistik Austria

<sup>1)</sup> Potential GDP (AR 15)

\*Statistik Austria, März 2016

\*\*WIFO-Mittelfristprognose vom März 2016

## 7. Vergleich mit der langfristigen Budgetprognose 2013

Bei einem Vergleich der vorliegenden Resultate mit denjenigen des Berichtes von 2013 ist zunächst zu berücksichtigen, dass die Periode (2015 bis 2060) nicht dieselbe ist wie im Bericht von 2013 (2011 bis 2050). Die Unterschiede zwischen den Resultaten von 2013 und 2016 lassen sich im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückführen:

- Datenrevisionen und geänderte VGR-Datenbasis: Durch die Umstellung vom „alten“ ESVG 1995 auf das neue ESVG 2010 im Jahre 2014 werden nun einige wichtige öffentliche Unternehmen oder Anstalten, die bis 2014 dem privaten Sektor zugerechnet wurden, statistisch zum Staat zugeordnet. Dazu gehören allen voran die ÖBB-Infrastruktur-AG, der BIG-Konzern, die Krankenanstalten der Länder und Gemeinden, die Wiener Verkehrsbetriebe und viele Betriebe auf kommunaler Ebene. Die Verschuldung der neu zugezählten öffentlichen Unternehmen trägt maßgeblich zu einer höheren Staatsschuldenquote bei – zusätzlich erhöhten die seit 2014 infolge der Finanzkrise gegründeten Abbaubanken den öffentlichen Schuldenstand 2015 um 8,7% des BIP. Als weitere Folge sind auch die Einnahmen- und die Ausgabenquote höher als 2013.
- Die neue Bevölkerungsprognose geht von einem höheren Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung aus als vor 3 Jahren. Dieser Faktor führt zu einer geringfügig günstigeren Entwicklung der Ausgaben- und Schuldenquote.
- Eng gekoppelt mit der Demografientwicklung sind die Erwerbsprognosen. Anstelle der 2013 verwendeten Erwerbsprognose der Statistik Austria wurden für die aktuellen Projektionen die Erwerbsprognosen von WIFO/IHS und der EK verwendet. Trotz einer leicht höher angenommenen Arbeitslosigkeit ist in beiden Varianten die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots im Vergleich zu 2013 so groß, dass sie eine Senkung der Staatsausgaben und der Schuldenquote bewirkt.
- Eine geringere gesamtwirtschaftliche Produktivität führt zu einer erheblichen Verschlechterung der Staatsausgaben und dadurch auch der Staatsschuldenquote.

Die Gegenüberstellung der Projektionen 2016 mit jener aus 2013 zeigt, dass 2013 deutlich günstigere Entwicklungen des Maastricht-Saldos und der Schuldenquote für die Zeitperiode bis 2020 projiziert wurden. Die Schuldenquote war 2015 wegen der oben angeführten Effekte und der Bankenpakete um etwa 15 Prozentpunkte höher als 2013 erwartet. Die Schuldenquoten sinken in beiden aktuellen Varianten stärker ab als 2013, allerdings sinkt nur in Variante 1 das BIP unter die EU-Vorgabe von 60% des BIP. Ähnlich wie im Basisszenario 2013, als ein Anstieg der Schuldenquote ab 2030 vorhergesagt wurde, wird für Variante 1 ab 2052 und für Variante 2 bereits ab 2036 eine ansteigende Schuldenquote projiziert. Bremsend auf die Schulden- und Ausgabendynamik wirken niedrigere Zinsausgaben. Der Maastricht-Saldo bleibt in beiden Varianten längerfristig unter der 3%-Grenze und überschreitet diese in Variante 2 erst ab 2053; 2013 wurde dieses Kriterium auch erreicht.

**Tabelle 18: Vergleich der 2 Hauptvarianten 2016 mit dem Basisszenario 2013**  
in % des BIP

	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2055	2060
<b>Ausgaben</b>										
Variante 1	51,7*	49,6**	50,5	50,7	50,5	50,4	50,5	50,8	51,1	51,3
Variante 2	51,7*	49,6**	50,7	51,2	51,5	51,8	52,0	52,3	52,6	52,9
Basiszenario 2013	49,4	48,3	49,4	50,5	51,3	51,3	51,1	50,9	-	-
<b>davon demografieabhängige Ausgaben</b>										
Variante 1	31,8	31,6	32,3	32,7	32,9	33,2	33,5	34,0	34,4	34,7
Variante 2	31,8	31,6	32,4	33,0	33,6	34,1	34,4	34,7	35,0	35,2
Basiszenario 2013	31,1	31,3	32,8	33,9	34,9	35,0	34,7	34,5	-	-
<b>Einnahmen</b>										
Variante 1	50,6*	49,2**	49,5	49,5	49,5	49,5	49,4	49,5	49,5	49,4
Variante 2	50,6*	49,2**	49,5	49,5	49,6	49,6	49,5	49,5	49,5	49,5
Basiszenario 2013	48,8	48,6	48,7	48,8	48,8	48,8	48,7	48,6	-	-
<b>Maastricht-Saldo</b>										
Variante 1	-1,2*	-0,4**	-1,0	-1,2	-1,0	-1,0	-1,0	-1,4	-1,7	-1,9
Variante 2	-1,2*	-0,4**	-1,1	-1,6	-2,0	-2,3	-2,5	-2,8	-3,1	-3,4
Basiszenario 2013	-0,6	0,3	-0,7	-1,7	-2,4	-2,5	-2,4	-2,3	-	-
<b>Schuldenquote</b>										
Variante 1	86,2*	76,6**	70,2	64,0	58,4	53,7	50,1	48,4	48,5	49,5
Variante 2	86,2*	76,6**	70,6	66,7	64,8	65,1	66,4	68,9	72,5	76,7
Basiszenario 2013	71,3	61,5	54,5	52,6	55,3	58,2	59,9	60,7	-	-

Quelle: WIFO

\*Statistik Austria, März 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

\*\*BFRG 2017-2020, April 2016 (Zahlen wurden nachträglich ergänzt)

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

## 8. Klimawandel und Kosten für die öffentlichen Haushalte

Die jüngste Klimakonferenz in Paris Ende 2015 hat den dringenden Handlungsbedarf zur Senkung der globalen Treibhausgasemissionen aufgezeigt. Die Weltgemeinschaft hat sich das Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, soll in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen Emissionen und Kohlenstoffspeicherung erzielt werden.

Um die Folgen des Klimawandels im vereinbarten Ausmaß zu halten, ist eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in allen Wirtschaftsregionen notwendig (in Industriestaaten, Schwellenländern und Entwicklungsstaaten gleichermaßen). Die Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen werden in periodischen Abständen gesteigert bzw. verschärft werden.

Dies macht eine enge Verknüpfung von Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Handelspolitik, mit jenen der internationalen Klimafinanzierung und der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) erforderlich.

Um das beschlossene Temperaturziel zu erreichen, wurde bereits 2009 von den Europäischen Staats- und Regierungschefs eine deutliche Reduktion der unionsinternen Emissionen bis 2050 beschlossen (-80% bis -95% an THG-Emissionen gegenüber 1990).

Im Jahr 2011 legte die EK die Low Carbon Roadmap 2050 („CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft bis 2050“)<sup>14</sup> vor, die u.a. folgende Etappenziele für den Übergang zu einem kohlenstoffarmen Wirtschaftssystem vorsieht:

- bis 2050 sollte die EU ihre THG-Emissionen um 80% gegenüber dem Stand von 1990 senken,
- bis 2030 Verringerung um 40%, bis 2040 um 60% gegenüber 1990,
- alle Wirtschaftszweige müssen einen Beitrag leisten.

Diese Roadmap wird bei den EU-internen Verhandlungen zum rechtsverbindlichen EU-Klimaziel 2030 sowohl hinsichtlich Ambitionsniveau als auch Rechtsverbindlichkeit der Etappenziele als Referenzstrategie herangezogen.

Zur konkreten Umsetzung der Ziele hat der Europäische Rat ein „Klima- und Energiepaket“ im Oktober 2014 beschlossen. Dieses Paket besteht im Bereich der Emissionsreduktion aus zwei Kernelementen: Dem unionsweiten Emissionshandelssystem (EU Emissions Trading System; EU-ETS) einerseits und nationalen Zielen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen außerhalb des EU-ETS (sogenanntes „Effort sharing“, Non-ETS) andererseits.

Die nächste wichtige Etappe auf dem Weg dahin sind die 2030-Ziele der Europäischen Union, die eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% gegenüber 1990, eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 27% am Bruttoendenergieverbrauch und eine Steigerung der Energieeffizienz auf ebenfalls 27% vorsehen. Die konkrete Umsetzung der 2030-Ziele in Politikmaßnahmen ist aktuell eine der wichtigsten Fragen der europäischen Energie- und Klimapolitik.

<sup>14</sup> KOM (2011) 112 endg., „Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft bis 2050“

2018 soll im Rahmen eines Dialogs erstmals überprüft werden, ob die Vertragsparteien mit ihren Reduktionsbeiträgen auf Ziel Pfad zum 2°-Ziel sind – die aktuelle Erwärmung auf Basis der bestehenden Maßnahmen ergibt rund +2,7° Celsius – und danach findet alle fünf Jahre ein globaler Review statt. Auf Basis dieser Review-Ergebnisse werden die Ziele bestätigt oder erhöht.

Österreich hat sich im Rahmen der gemeinsamen Erfüllung durch die EU (EU-Bubbles) zu einem 2030-Ziel (-40% gegenüber 1990) bekannt (unionsrechtlich verbindlich). Die konkrete österreichische Zielvorgabe zur THG-Reduktion bis 2030 wird ab März 2016 im Kontext der Effort-Sharing Verhandlungen (Non-ETS-Sektoren) ausverhandelt (das AT-Ziel wird zwischen -32% und -40% an THG-Emissionen gegenüber 2005 liegen).

Die budgetären Implikationen der THG-Reduktionsziele hängen von der gewählten Strategie ab. Das Finanzministerium führt derzeit zahlreiche Analysen durch. Diese zeigen, dass die Entwicklung und die Umsetzung von Strategien und Konzepten zunehmend wichtiger werden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund von budgetären Belastungen ab 2020 im vierstelligen Millionenbereich (bis 2030) erforderlich.

Für Österreich wird eine Klimastrategie auszuarbeiten sein, mit der zunächst bis 2030 die Reduktionsleistung herbeigeführt werden kann. Aus budgetpolitischer Sicht ist eine budgetschonende Umsetzung dieser Ziele von Bedeutung. Aktuelle Studien des Umweltbundesamtes zeigen, dass die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte stark von der gewählten Strategie abhängt und dass bei einer sorgfältigen Ausarbeitung der diversen Instrumente (ordnungsrechtliche, steuerrechtliche, Lenkungs-Instrumente) die öffentlichen Haushalte nicht unbedingt mit wesentlichen Zusatzkosten belastet werden müssen.

Es bedarf tiefergehender Analysen, welche Handlungsschritte nunmehr zu setzen sind. Da es sich beim Klimawandel um ein globales Thema handelt und für Österreich aus dem Pariser Abkommen Verpflichtungen entstehen, braucht Österreich auch eine Revision der österreichischen Klimafinanzierungsstrategie (bis Ende 2016) mit stark budgetschonendem Fokus. Eine Analyse der Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Preise in der Periode 2017-2030 am Europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS), am innereuropäischen Kohlenstoffmarkt (ua. zwischen EU-Mitgliedstaaten) und am internationalen CO<sub>2</sub>-Markt wird dringend empfohlen. Darüber hinaus ist auch bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene über die Aufteilung der Verpflichtungen eine budgetschonende Vorgangsweise sicherzustellen.



# Literatur

BMLFUW (2013): Strategie Österreichs zur internationalen Klimafinanzierung für die Jahre 2013-2020. MRV am 6. Juni 2013. Wien.

European Commission (2015): The 2015 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060), European Economy 3/2015.

Kaniovski, S., Url, Th., Hofer, H. und Müllbacher, S. (2014): A Long-run Macroeconomic Model of the Austrian Economy (A-LMM). New Results (2014), WIFO, Wien, 2014.

Luderer, G., Pietzcker, R. C., Bertram, C., Kriegler, E., Meinshausen, M., Edenhofer, O. (2013): Economic mitigation challenges: How further delay closes the door for achieving climate targets. Environmental Research Letters Vol. 8(3), pp. 1-8.

Schiman, Stefan (2016): Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich – Projektionen des Staatshaushalts bis 2060, WIFO, März 2016.

Schiman/Orischnig (2012): Coping with Potential Impacts of Ageing on Public Finances in Austria – The Demography-based Economic Long-Term Model for Austria's Public Finances (DELTA-BUDGET) – Assumption Report, Working Paper 1/2012, Bundesministerium für Finanzen.

Statistik Austria (2015): Bevölkerungsprognose 2015, Statistik Austria, November 2015, Wien.

Steininger, K., König, M., Bednar-Friedl, B., Kranzl, L., Loibl, W., Pretenthaler, F. (eds.), Economic Evaluation of Climate Change Impacts: Development of a Cross-Sectoral Framework and Results for Austria. Springer 2015.

Stern, N. (2006): Stern Review: The economics of climate change. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

Stern, N. (2015): Why are we waiting? The logic, urgency, and promise of tackling climate change. Cambridge, Mass.: MIT Press.

Umweltbundesamt (2015a): Budgetäre Kosten von Treibhausgasreduktionsmaßnahmen in Österreich [IBKK-OE]. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. Wien, 2015.

Umweltbundesamt (2015b): Anderl, M.; Haider, S.; Kohlbach, M.; Kriech, M.; Lampert, C.; Moosmann, L.; Pazdernik, K.; Pinterits, M.; Purzner, M.; Poupa, S.; Schmid, C.; Schmidt, G.; Seuss, K.; Stranner, G.; Schwaiger, E.; Schwarzl, B.; Wieser, M.; Weiss, P.; Zechmeister, A.: Austria's National Inventory Report 2015 – Submission under the United Nations Framework Convention of Climate Change and the Kyoto Protocol. Umweltbundesamt, Vienn. REP-0527, Wien

Umweltbundesamt (2015c): Krutzler, T.; Kellern, M.; Gallauner, T.; Gössl, M.; Heller, C.; Lichtblau, G.; Schindler, I.; Stoiber, H.; Storch, A.; Stranner, G.; Wiesenberger, H. & Zechmeister, A.: Energiewirtschaftliche Szenarien im Hinblick auf Klimaziele 2030 und 2050. Synthesebericht 2015. Reports, Bd. REP-0534. Umweltbundesamt, Wien.

